

# Jeder neue „Klassenkampf“-Leser hilft mit zur Verhinderung des neuen Weltkrieges!

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Das „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertagen. Abonnement: 12 H. monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Preis und Druck: Druckerei-Veranstaltung in der Zeitschrift Halle-Merseburg 15000 Halle Vertriebsstellen 14

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 12 H. monatlich 1,60. Abonnement: 16 H. monatlich 2,00. Einzelhefte: 14 H. monatlich 1,80. Einzelhefte: 14 H. monatlich 1,80. Einzelhefte: 14 H. monatlich 1,80.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, den 24. Juli 1925

5. Jahrgang + Nr. 157

## Die Reformisten gegen den Antifriegstag

### Sie Schweigen auf unsere offene Aufforderung — aber sie beschlagnahmen die Flugblätter des hallischen Metallarbeiterverbandes

### Bräuhen und die Amnestie

Von S. Tittel

Am Montag richteten wir die offene Aufforderung der SPD. an alle Arbeiterorganisationen, sich an der für den 26. Juli geplanten Wandendemonstration gegen die Kriegseigenschaft und gegen den Zollwucher zu beteiligen und ihre Vertreter in den Aktionsausschuss zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde nur von einer Reihe von Gewerkschaftsteilen, Arbeiterparteiorganisationen und Gewerkschaftsgruppen beantwortet.

Sämtliche Instanzen der SPD. und des Bezirksrats des MGB. haben geantwortet:

„Mehr noch. Sie haben es nicht einmal gewagt, den Lesern ihrer Presse etwas vom Inhalt unserer offenen Schreibens bekanntzugeben. Wägen Sie ja doch, daß die Arbeiter ihre Ablehnung nicht verhehlen könnten.“

Schon das Schweigen der Reformisten war eine ziemlich eindeutige Antwort. Nun ist aber eine noch klarere erfolgt. Der Bezirksleiter Köppler des MGB. hat eine zufällige Abwesenheit des Ortsbeauftragten Treischer benützt,

um die Flugblätter, die den Aufruf des hallischen Metallarbeiterverbandes zum Antifriegstag enthielten, „zu beschlagnahmen“.

Die Reformisten wagen es also nicht offen, unsere Aufforderung abzulehnen — sie beschränken sich auf das altbewährte Mittel der Sabotage. In diesem Zusammenhang wirkt es auch sehr merkwürdig, daß der MGB. Mitteldeutschlands keine Zettelausgaben gerade für den 26. Juli einberufen hat, also zwei Tage nach dem roten Antifriegstag. Das wird der Demonstration am 26. Juli kaum Eintrag tun, wohl aber sieht zu befürchten, daß die Kund-

gebungen des 26. gegen den Zollwucher unter der unmittelbaren Aufsicht der Polizei der beiden Tage werden. Wäre es da nicht besser gewesen, wenn der MGB. sich dem Aktionsausschuss für den 26. Juli angeschlossen hätte und dafür eingetreten wäre, bei der Kundgebung in ganz besonderer Weise den Zollwucher zu behandeln? Wir wären sicher einverstanden gewesen. Aber freilich haben die Reformisten eine mordsmäßige Angst vor jeder Verzögerung mit den 777 Kommunisten. Können doch dabei die brauen, bisher irreführenden SPD.-Kammern etwas von der roten Farbe abblotzen. Darum haben sie es also vorgezogen, durch eine besondere Kundgebung die Wirkung der großen Massendemonstration abzuwaschen.

Wir wissen, die mitteldeutschen Arbeiter werden sich durch die Sabotage der Reformisten von der Teilnahme am roten Antifriegstag nicht abhalten lassen. Was Herr Köppler in die Flugblätter des hallischen MGB. beschlagnahmen, die Arbeiter werden sich sagen:

nun erst recht!

Am 26. Juli Demonstrationen mit geschlossen

Gegen die Unternehmerrückende!

Gegen den Zollwucher!

Gegen den neuen imperialistischen Krieg!

Für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit!

Für die Befreiung der politischen Gefangenen!

Für das Bündnis mit den siegreichen Arbeitern-

Räte-Anstand!

## Ermächtigungsgesetz der Zollwucherparteien in Sicht

Berlin, 24. Juli.

Im Zollwucherpakt der Bürgerblockparteien und des Zentrums ist ein Antrag vorgelegen, der die Regierung ermächtigt, ohne Zustimmung des Reichstages, nur mit Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses die Zölle zu erhöhen, zu ermäßigen bzw. aufzuheben. Diese Ermächtigung an die Regierung ist, wie geltend gemacht im zollwucherischen Ausschuss des Reichstages schiefgestellt worden ist, ausschließlich eine Veränderung der Verfassung. Durch diese Veränderung werden Rechte, die nach der Verfassung nur der Reichstag ausüben darf, auf andere Körperschaften übertragen. Es bedarf daher zur Annahme dieser Bestimmung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages, die nicht vorhanden ist. Weil sie nicht vorhanden ist, wollen die Bürgerblockparteien zusammen mit dem Weimarer Zentrum sich über die Weimarer Verfassung hinwegsetzen und diese Bestimmung im „Zollkompromiß“ als nicht verfassungsändernd hinstellen. Geht den Zollwucherparteien dieser Angriff auf die eigene Verfassung, dann ist der Reichstag von jeder Einflußnahme auf die Ausgestaltung der Zölle ausgeschlossen. Das Reichsrat, alle wertigen Massen müssen diesem schamlosen Verstoß der Zollwucherparteien mit aller Kraft entgegenreten. Wenn heute die SPD. mit allen Mitteln bemüht ist, die breite Front der wertigen Massen gegen den Zollwucher zu spalten, so muß das Reichsrat geschlossen diesen Saboteuren die Antwort erteilen, indem sie zusammen mit den Kommunisten die Demonstrationen gegen den Zollwucher führt.

### An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Mitteldeutschlands!

In letzter Stunde rufen wir die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Sachsen-Anhalt auf zum Protest gegen den Zollwucher. In der nächsten Woche wird die Entscheidung über die Zollwucherung fallen. Die Reichsregierung übertrifft sich absonderlich den Kampf auf die Seiten der Arbeiterinnen vollendet haben. Ein Beispiel modernen Arbeiterwillens ist damit gegeben. Was, freilich, Zeit und Geduld soll mit einem hohen Zölle befehl werden. Damit fällt die Lebenshaltung der Massen, werden die Löhne gekürzt und die Arbeitslosigkeit verlängert. Die „nationale Regierung“ treibt programmatisch ein furchtbares Spiel mit den Interessen der Massen. Dieselben bürgerlichen Parteien, welche die Ketten Klüßiger und Starer in der Arbeiterklasse betreten haben, bereiten sich an der Not des Volkes. Hunger und Mangel wird seinen zum Ruhme der Regierung führen.

Nur ein einheitlicher und starker Kampf kann in letzter Stunde die Gefahr abwenden. Darum soll es den Kampf der Arbeiterparteien im Reichstag zu unterstützen, Massen- und Protestkundgebungen müssen im ganzen Bezirk stattfinden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte und vor allem die Hausfrauen, wehrt Euch gegen die lebenswichtigen Schusswunden und Brotverweigerung.

Nehmt dem Kauf Eurer täglichen Leistungen und treibt in Massen zum öffentlichen Protest an!

Donnerstag, den 28. Juli,

an, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Weg mit allen Lebensmittelpreisen! Auf zum Kampf gegen den Brotwucher!

M.-S.-Bund, Bezirksrat der Provinz Sachsen. Könnig, Wiegand, Blumenthal.

Bezirksausschuss Sachsen-Anhalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Bernice.

Wir bringen diesen Aufruf, der uns vom Bezirksrat zugelassen wird, und fordern alle hallischen Arbeiter auf, sich an den geplanten Kundgebungen respektlos zu beteiligen, obwohl wir die Notwendigkeit einer Sonderkundgebung neben dem 26. Juli nicht einsehen.

Was abgesehen von diesem äußeren Mangel, weist der Aufruf einige inhaltliche Mängel auf, die auszufüllen Aufgabe der an den Kundgebungen teilnehmenden Arbeiter sein wird. Erstens spricht er nur vom Kampf gegen die Lebensmittelpreise und erwähnt die mindestens ebenso schädlichen Industriezölle überhaupt nicht. Sollte das mit dem Wunsch des Herrn Otto Köppler und des sozialdemokratischen Parteivorstandes zusammenhängen, den Industriezöllen auszuweichen? Jeder denkende Arbeiter wird einsehen, daß, so wie die Zölle und Industriezölle verbunden, um gemeinsam die Zölle auf landwirtschaftliche und Industriezölle durchzuführen, ebenso Arbeiter und Kleinbauern sich verbinden müssen, um gemeinsam diese Zölle abzuwehren. Die Arbeiter dürfen sich nicht durch den Reder der Industriezölle von den Kapitalisten gegen die Kleinbauern auszuweichen lassen, ganz abgesehen davon, daß die Industriezölle, nicht wie behauptet wird, die Arbeitslosigkeit des Kampfes, sondern sie im Gegenteil sogar verzögern werden.

Der zweite Hauptmangel des Aufrufs ist das Fehlen eines positiven Aktionsprogramms zum Kampf gegen die Schatzkammer und das Vorgehen auf die Reichsregierung, die in dieser Hinsicht im offenen Brief der SPD. genannt worden sind. Wir erwarten, daß bei den Kundgebungen am 28. Juli das Verfaßte nachgeholt und der Wille der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf auf der Grundlage dieses oder eines ähnlichen Aktionsprogramms (die MGB.-Instanzen können ja Gegenwärtige Maßnahmen) möglichst zum Ausdruck gebracht wird, indem sich sofort Aktionsausschüsse der Arbeiter aller Parteien bilden.

Es ist weiter anzunehmen, daß ich einer solchen Amnestie für politische Gefangene, insbesondere für die in der Amnestie genannten, die ich nicht ablehne. Otto Braun, Reichsministerpräsident.

Diese Worte entstammen einer Besichtigung, die Otto Braun im Mai d. J. der kommunistischen Presse zufließte. Braun wollte damit das Odium, als Amnestiegegner zu gelten, und in der Frage der Amnestie mit Hindenburg Arm in Arm zu gehen, sich abwaschen. Auch bei anderer Gelegenheit erklärte Braun, und zwar den Frauen der politischen Gefangenen, die von ihm eine Entscheidung über die Freilassung der proletarischen Gefangenen verlangten, daß er einer weitgehenden Amnestie seinen Widerstand entgegenstellen werde.

Wenige Stunden, bevor der Reichsrat keine Entscheidung über die Amnestiefrage der Reichsregierung fällte, versicherte der Staatssekretär Weichmann, als Vertreter der preussischen Regierung, einigen kommunistischen Landtagsabgeordneten und Vertretern der „Roten Hilfe“-Organisation, daß das preussische Kabinett gegen die Amnestiefrage sei, weil diese nur einseitig die Reichsregierung in die Amnestie einbeziehe. Bräuhen verlangte von allen Dingen auch eine Amnestie, die in weitgehender Weise die Verurteilten von links befreie. Selbst im Reichsrat führte Staatssekretär Weichmann aus, daß die Amnestie nur dann einen Zweck habe, wenn sie beiden Seiten der Bevölkerung gerecht werde. Nur dadurch könne es zu einer „Reifeigung“, andernfalls würden die Verurteilten auf neue aufgeschaltet werden.

Wenn man sich diese Tatsache vor Augen hält, muß man zu dem Schluß kommen, daß Bräuhen von den schärfsten Kampf gegen den Amnestiebeitrag führt. Aber, ach wie bald, schwindet Schönheit und Gestalt! Abgesehen davon, daß Bräuhen im Reichsrat nur einen ganz armen Verberberungsbeitrag einbrachte, nämlich die Einbeziehung der im Landesvertragsparagrafen 92, Abs. 1, vorgesehenen Fälle und daß es ferner gar nicht daran denkt, auch die zu Justizhaus verurteilten politischen Gefangenen in die Amnestie miteinzubeziehen, oder gegen die eingebrachten Fälle, für eine vollständige Freilassung aller politischen Gefangenen einzutreten. Das höchste Wort von der innerpolitischen Befriedung ist auch für Bräuhen eitel Spiegelglas.

Nicht genug damit, ausdrücklich hat der Beauftragte Preußens im Reichsrat (siehe auf Befehl des Bräuhen-Kabinetts, welches kurz vor der Reichsratsitzung zur Amnestie Stellung nahm), den schärfsten Antrag niedergeschrieben. Der baltische Antrag beweidet, daß sämtliche schwebenden politischen Verfahren niederschlagen seien. Die Grenze von 1. Oktober 1923, die deswegen in der Regierungsverordnung festgelegt wurde, um die Justizbehörden gegen die kommunistischen Unterdrückungsgefangenen — es schweben zurzeit noch 2.600 Prozesse — weiter durchzuführen zu können, sollte bis zum 15. Juli 1925 ausgedehnt werden. Bei Annahme dieses Antrages wäre, soweit schwebende Verfahren in Frage kommen, ein Gericht unter die Oktober-Ereignisse vom Jahre 1923 gezogen worden. Vor allen Dingen würde dadurch der Protest gegen die Zentrale der SPD. nicht weitergeführt werden können.

Wie gesagt, wurde die Annahme dieses Antrages durch die Haltung Bräuhen verhindert. Bräuhen hat im Reichsrat 26 Stimmen. Lübeck und Baden mit 4 Stimmen, waren von vornherein für die rechtslose Reichsratsabstimmung über schwebende Verfahren. Eine entsprechende Haltung Bräuhen würde sicher auch bei Hamburg und Sachsen ihren Einfluß nicht verfehlt haben. Aber selbst ohne diese beiden Bundesländer mit den Stimmen Preußens, Baden und Württemberg eine Mehrheit im Reichsrat erzielt werden. Man kann deshalb mit Zug und Recht sagen, daß das Gerbe der preussischen Regierung von einer gleichmäßigen Anwendung der Amnestie auch nach links eine ganz durchdringende Funktion ist. Bräuhen hat durch seine Abstimmung dokumentiert, daß es für die Amnestierung der Rüstung und Ehepartei und der übrigen Parteien ist, aber von einer Freilassung der proletarischen Gefangenen nichts wissen will. Es bleibt dabei, Bräuhen geht in der Amnestiefrage mit Hindenburg Arm in Arm, es bleibt dabei, Bräuhen legt den „allerschärfsten Widerstand“ einer Amnestie, die sich auch nach links auswirkt, entgegen.

Zwischen der Reichsregierung und den Landesregierungen sind Abmachungen dahingehend getroffen worden, daß sofort nach Erlass der Reichsammnestie Landesammnestien durchgeführt werden sollen. Die kommunistische Landtagsaktion hat deshalb die sofortige Einberufung des Landtages beantragt. Da aber den Herren Abgeordneten der politischen Gefangenen, wird wahrscheinlich nur der Hauptauschuss zumantreten. Die preussische Regierung wird sehr bald Gelegenheit haben, wenigstens für Bräuhen, die Besprechungen Bräuhen einzulassen. Die kommunistische Landtagsaktion wird ihr weitgehende Gelegenheit dazu geben. Aber nach







# Der englische Bergarbeiterstreik beschloffen

London, 24. Juli

Der Vollzugsausschuss des Bergarbeiterbundes beschloß, die Bergleute anzuzweilen, am 31. Juli in den Streik zu treten.

## Defizitwirtschaft bei den englischen Eisenbahnen

Die Angst der Bourgeoisie vor der Gemeinheitslosigkeit

Unter dem Titel „Die Politik der Anderen“ bringt die „Journale Industrielle“ einen recht schadenfreudigen Artikel über die finanzielle Situation der englischen Eisenbahnen. Das Blatt leitet diese Schmierereien ganz richtig von der allgemeinen Wirtschaftskrise Englands her und bemerkt, daß die englischen Bahngesellschaften schon 1/2 Millionen Pfund aus ihren Reserven entnehmen mußten, um die Defizite zu decken.

Die Gesamtsummen pro 1924 blieben um 1/2 Millionen Pfund hinter denen des Vorjahres zurück; die Gesamtsummen dagegen stiegen um 1.300.000 Pfund. Der Rückgang der Einnahmen ist ausschließlich durch den verminderten Warenverkehr bedingt; der Eingang aus dem Personenverkehr hat sich sogar etwas gehoben.

Der Warenverkehr ging zurück trotz einer erst im August 1923 eingeführten Frachtermäßigung, deren Zweck war, den Verkehr zu heben.

Die „Journale Industrielle“ bemerkt, der einzige Weg, Einnahmen und Ausgaben in dieser kritischen Zeit in Relation zu bringen, wäre die Verminderung der Ausgabe. Aber: Unglücklicherweise sind die einzelnen Eisenbahngesellschaften am Betreten dieses Weges der Sparmaßnahme verhindert durch die Drohung eines äußerlich feigen Sozialistens, der für ihre Finanzlage wie für das Leben des ganzen Landes die allerhöchsten Folgen haben könnte.

Das Kapitalistenblatt bemerkt ferner, daß keine der englischen Eisenbahnen noch in drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert ist, in der Gewerkschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen, in der Gewerkschaft der Eisenbahner und im Verband des Verwaltungspersonals.

Von den Bemühungen, die nationale Gewerkschaftsfront herzustellen, sagt das Blatt, daß darüber „mit gutem Recht“ die englische Öffentlichkeit (d. h. die Bourgeoisie) sehr beunruhigt ist.

„Wenn, so schließt das bürgerliche Blatt, diese drei großen Gewerkschaften sich mit drei verschiedenen Verbänden und sich auf ein gemeinsames Programm und über die Art seiner Verwirklichung einigen, so wird für England eine Zeit der allergrößten Schwerkrisen anbrechen.“

## Massendemonstrationen der französischen Befreiungstruppen

Sie wollen nicht nach Marokko

(Eig. Draht.)

Essen, 24. Juli

Die französischen Truppen zeigen drohenden Widerstand gegen ihren Abtransport nach Marokko. Massendemonstrationen sind an der Tagesordnung. In den vor der Räumung stehenden Orten erscheinen die Soldaten in den Arbeitervierteln und bitten um Zivilkleider. Für einen Hülfsausgang bieten sie meistens zwei Militärgewehre und ungefähr 1000 Schuß Munition.

## Die Arbeiter in den Betrieben für die Chinahilfsaktion der ZNS.

Eine, am Mittwoch, dem 23. Juli, im „Salos Dreifeld“ tagende Betriebsversammlung der Firma „Salos“ nahm nach einem Referat eines Vertreters der ZNS, einstimmig eine Entscheidung an, die der ZNS, die Unterstützung für ihre Hilfsaktion in China auspricht und das zögernde Verhalten der Unternehmer-Gewerkschaftsinternationale und des IGBG, in der Frage der gemeinsamen Hilfsarbeit verurteilt.

Einstimmig beschloß die Belegschaft ferner, der ZNS, korporativ mit einem Monatsbeitrag von 20 Pf. für jedes Belegschaftsmitglied beizutreten.

Im neuen „Gesellschaftsraum“ fand am Mittwoch eine weitere Betriebsversammlung der Firma „Ludm. Kasse, Karlsruherbau, statt. Die Beschlüsse der ZNS in referierte über die Chinahilfsaktion und die Forderungen der deutschen Arbeiter. Auf Verlangen eines ZNS-Kollegen wurde die vorerwähnte Entscheidung, die der ZNS die volle Sympathie zur Unterstützung der Chinahilfsaktion auspricht, einstimmig angenommen. Der korporative Beitritt erfolgt sofort nach Neuwahl des Betriebsrates, die in der nächsten Woche stattfindet.

## Die Sowjetflotte in Ostasien

(Eig. Draht.)

Moskau, 22. Juli.

Die Sowjetregierung hat beschloffen, ihre Seestreitkräfte in Ostasien zu verstärken. Es sollen drei große und drei leichte Kreuzer vom Displacement nach Vladivostok abgehen.

# „Das traurigste Dokument der deutschen Geschichte“

## Stoeders Rede zur Außenpolitik

In der Mittagsstunde des Reichstags führte Genosse Stoeder als Redner der kommunistischen Fraktion aus: Die heute veröffentlichte deutsche Note halten wir für eines der traurigsten Dokumente der deutschen Geschichte. Denn nicht nur, daß die Außenminister in Verbindung mit dem Reichskanzler L. u. B. nach Paris geschickt hat, dieses Memorandum ist schlimmer als der uns zwangswise auferlegte Vertrag von Versailles.

weil es freiwillig noch einmal ausdrücklich anerkennt, was damals dem deutschen Volke zwangswise auferlegt worden ist.

Freiwillig erklärt sich die Deutsche Regierung mit fünf deutschen Ministern bereit, die Grenze im Osten und im Westen und vieles andere noch einmal anzuerkennen. Wozu nach unserer Meherzeugung nur keine Veranlassung und Notwendigkeit vorliegt. Anerkennung dieser Note würde mit der Lebenskraft von der Anerkennung der Amstörche gegenüber Deutschland begründet.

Die Antwortnote Weidners läßt keinen Zweifel daran, daß die französische Regierung mit Zustimmung Englands trotz des Garantieabkommens sich

auch weiter das Recht auf Entschlossen gegenüber Deutschland voll und ganz wahrt.

Die sogenannten Schiedsgerichtsverträge, die die deutsche Regierung anbietet, haben sich in der französischen Note zu Zwangs-schiedsgerichten zur weiteren Knebelung des deutschen Volkes umgewandelt. Das wichtigste aber ist, daß Frankreich für sich das Durchmarschrecht durch Deutschland

bei irgendeinem Konflikt im Osten geltend hat, was aus dem Schiedsgericht zwischen der französischen und englischen Regierung, vor Verhelfung der Weidner-Note mit aller Deutlichkeit hervorgeht. Wenn Herr Chamberlain dieses Recht in einer Rede dahin einzuschränken glaubte, daß er sagte, Frankreich habe kein unbedingtes Durchmarschrecht, sondern nur im Rahmen des Völkerbundes, so ist das doch ein und dasselbe.

Herr Breitscheid, das geht aus keiner Rede hervor, ist damit einverstanden, aber die englischen Sozialisten sind es, die diese Gewähr mit aller Deutlichkeit erkennen und leben.

daß Deutschland dadurch in einen Krieg mit Rußland verwickelt wird.

Darauf geht die Politik der französischen Vorkriegsregierung bewußt hinaus.

## Sicherheitspakt und Völkerbund.

Alle Reden täuschen nicht darüber hinweg, daß Deutschland bei diesem Sicherheitspakt in den Völkerbund gebunden ist. Die Brandtsche Note fordert klar und deutlich, Deutschland soll bedingungslos in den Völkerbund eintreten.

Das Argument, daß die Gefahr eines Sicherheitspaktes gegen Deutschland bestand, stellt die Tatsachen auf den Kopf, denn England dachte nicht daran, einen Sicherheitspakt gegen Deutschland

abzuschließen. Die britische Regierung hat vielmehr den Streik-männlichen Sicherheitspakt inkonkret. Die Herren Gaiter und Grefenmann tragen wie Marionetten an den Fäden der englischen Regierung, sie sind eine Schachfigur im Spiel Chamberlains gegen Moskau.

## Osten oder Westen?

Es geht ja in Wirklichkeit um die Sicherung der deutschen Außenpolitik nach dem Osten oder dem Westen. Das Schicksal Deutschlands wird selbstverständlich in wirksamem Maße davon beeinflusst, welche Entscheidung die herrschenden Kräfte Deutschlands in dieser Frage fällen.

Die Politik nach dem Westen hin, diese völlige Unterwerfung unter den imperialistischen Willen der Entente, müßte sich Deutschland in absehbarer Zeit zum Kriegs-schicksal machen.

Und diese Politik wird von der deutsch-nationalen Reichstags-fraktion, die sich den Interessen der Schwerindustrie unterwerfen hat, mitgemacht. Auch der Abschlus des deutsch-französischen Grenzabkommens zeigt deutlich, welchen Weg die deutsche Bourgeoisie geht.

Was soll man von der Rede Breitschields halten, der es fertig brachte, vor steigendem Verdrüssenswillen und vom Willen zur Abwendung zu sprechen, während alle Welt aufjubelt.

Während Breitscheid hier von Abrüstung redet, rufen die Sozialdemokraten in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Polen und auch die Bauern, die Arbeiter und Studenten gemeinsam mit ihrer Bourgeoisie auf.

Nichts zeigt deutlicher, wie der Marokkofriede, der von den französischen Sozialdemokraten unterstützt wird, daß wir in naher Zukunft wieder von einer großen kriegerischen imperialistischen Katastrophe betroffen werden.

An der Zweiten Internationale werden, wie jetzt die Franzosen, alle Parteien „in der Stunde der Gefahr ihr Vaterland nicht im Stich lassen“ sondern wiederum Seite an Seite mit ihrer Bourgeoisie gehen. Hier rufen demgegenüber den Arbeitern Europas zur Schluß mit dieser parasitär-imperialistischen sogenannten Vorkriegsinternationale, die zum Wiederanbruch der kapitalistischen Herrschaft führt, die automatisch neue kriegerische Katastrophen bringt! Hier mit dieser imperialistisch-internationalen Klassenpolitik, die zum Sturz des kapitalistischen Systems und zur Verhinderung neuer sozialistisch-imperialistischer Kriege führt! Demut gibt es für die europäischen Arbeiterklasse keinen anderen Weg als das feste unerschütterliche Bündnis mit dem russischen Proletariat, das keine Klassenherrschaft abgeschüttelt hat. Das Bündnis der Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens mit denen Deutschlands, das Bündnis der europäischen Arbeiter mit den unterdrückten Völkern im Osten wird die Pläne der imperialistischen Mächte gegen Europa-Rußland zerschmettern. Dieses Bündnis bringt einen proletarischen Sicherheitspakt unter dem Banner der Kommunistischen Internationale, (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

In später Abendstunde wurde die Sitzung am Donnerstag 24. Juli mit der Tagesordnung auf Fortsetzung der außerparlamentarischen Debatte vertagt.



Krieg dem imperialistischen Kriege

„roten Lappen“ bewiesen, das er, in einem Königsberger Prozeß für die Fänge des revolutionären Proletariats prägte. Die Angeklagten wurden menschenunwürdig behandelt. Margies mußte das Protokoll der Untersuchung mit gefesselten Händen unterschreiben. Des Wächters Koppenhöfer Inquisitionsmethoden sind so wenig gekannt wie werden. Einer der Angeklagten äußerte: „Der Anwalt angereicherter Bürgert hat mich angezogen.“ „Aber Sie ab von der SPD? Das ist eine Mädelverleumdung.“ Erpressungen und Drohungen, gelinde heilschädigende Dauerverhöre und lösende Verprügelungen: das waren die Folterarten des Staatsgerichtshofes der „freien Republik der Welt“.

Was würden wir alles zu hören bekommen, wenn die armen, gequälten jungen Leute offen sprechen dürften! Mit Drohungen und Verprügelungen wird man sie unangenehm verurteilt haben! prophezeit Oberlehrer Wolfig in der „Frankfurter Zeitung“. Aufmerksam sind ihm die Anklageschrift und die Prozeßberichte nicht zu Gesicht gekommen. Der sollte seines Sohnes „Mädelverleumdung“ hinterlassen! „Schreit laut“! Denn der Prozeß verlor hat, sollen Richter die bürgerliche Presse Deutschlands vorzüglich unterrichten, um nachher desto ungehöriger das Urteil angreifen zu können, hat längst erfahren, wie die Deutschen in der Unterdrückung und während des Prozesses verprügelt und behandelt wurden. Des Vorliegenden Frage, ob sie sich über den Unterdrückungsrichter und die Wächterliste zu beherrschten hätten, wurde verneint. „Weis, bitte, einen Kraten und einen und nicht raus kommen, sondern höherer Herr“! Ich bin an der Unterdrückungsrichter nicht Böse oder Stolz, Margies oder Sohn, sondern — Herr Dr. Kindermann. „Die armen, gequälten jungen Leute“ hatten öfters ihre Spielzeuge genommen, und Wolfig er hätte in einem Brief, daß das Essen eine Maßnahme, aber seine Gefährdung nicht ist. Bei der Vernehmung ließ man die Angeklagten reden, so lange sie wünschten. „Der Hauptverurteilte ist oekonomischer Kindermann und Wolfig nicht merkend und beherzigend aufpassen.“ Einmal meinte der Staatsanwalt bedäuflich, es gäbe nach Schatzkarte zwischen Himmel und Erde manches Wertwürdige. „Wolfigers in Sowjet-Rußland“, fällt ihm der „schöne Kommunismus“ Kindermann ins Wort: „mit freiem Wachen“, heißt es im Protokoll. Wolfig benutzt die Erlaubnis, Fragen an einen deutschen Zeugen zu richten, dem Zeig er selbst zuzuhören, in der Verhandlung. „Wir wurden“ Sie sich zu ihrer eigenen Verhaftung in Moskau verurteilt.“ Der Vorleser erklärt nur, daß eine Verhaftung des Zeugen nicht in Frage komme,

und charakterisiert das Verhalten des Angeklagten ohne Schärfe. Was hätte wohl Herr Wolfiger in einem ähnlichen Falle getan?

Das Urteil und seine Begründung zeigen den Leipziger und den Moskauer Gerichtshof gleichermäße als Instrument des Klassenkampfes. Aber der Moskauer Richter hat sich das Wort behalten: „Das Gericht ist das Organ des Proletariats und des Kleinbauern-tums.“ Der Vorleser selbst sagte über das Verfahren: „Wir haben in Rußland nur eine Klassenpolitik.“ Die Anklageschrift, die Dialektik des Vorlesers und die imperialistisch-orientierten Mäander des Staats-anwalts — sie alle bahnen auf dem historischen Materialismus und auf der revolutionären Klassenpolitik. „Ni man sollen nicht eingedenk, daß die Moskauer Prozeß als Unfall ereignete. Da aber Rußland seit acht Jahren von Proletariat und Kleinbauern-tum beherrscht wird, muß jedes Urteil differenzieren sein von dem Willen des revolutionären Volkes, also die Vernichtung des ihm feindlichen Bourgeois bringen. Krimeln und Trottelakt bekommen sich hier und überall in jedem Moment des Prozesses als Funktionäre der Diktatur des Proletariats. Behälter leben über ihre Kräfte zu Gericht. Sie halten sich nur hundertsten Millionen Klassenangehörigen zu verantworten. Ihnen waren die Erzeugnisse der schwer erlängten Klassen-besetzung anerkannt. Jacques Sobou hat einmal festgestellt, daß die Führung eines Prozesses und das Strafmaß abhängig seien von dem jeweiligen Stand der revolutionären Dinge. „Aus diesem Grunde“ und „diesem revolutionären Marxismus-Leninismus, sind der Straf-antrag und seine Begründung zu verstehen. „Was die juristische Seite betrifft, so konnte die Verteidigung darauf aufgebaut werden, daß die Angeklagten ja nicht volkräftig, nur vorbereitet haben, daß also die corpora delicti nur Objekte der Vorbereitung, nicht der Tat sind. Das Sowjetgericht behandelt stets jeden Fall in den gegebenen Zeit- und Raumverhältnissen. Die Terrorakte wurden willkürlich mit einem ganz bestimmten politischen Ziel vorbereitet. Also gilt der Paragraß mit des Kriminal-Kodex, der die Teilnahme an der Organisierung von Terrorakten mit dem Tode bestraft.“ Der Palästina, der eine Terrortruppe nach Sowjet-Rußland entsandte, darf diese Truppe nicht wieder erhalten. Er muß plünderlich vernichtet werden. Das sind die Worte nicht eines Juristen, wohl aber eines ehrlichen Sozialisten, der die Fänge des Klassenkampfes nicht verläßt.

Herr Wolfiger redete eine andere Sprache, obwohl er dasselbe in „Weiß“ meinte. Er sprach von „Rechtspflege“, „Gerechtigkeit“, „Vaterland“, „Schutz der demokratischen Republik“, „Hüte das Gericht die

Mathenau- und Eszberger-Wörter vernichtet, so wäre die Todesstrafe für Margies, Stobelnik und Neumann nicht fernerhin ge-wollt. Richter erklärte den Stobelnik des Wortes für schuldig, ob-möht er nicht einmal eine Personalien feststellen vermocht hätte. Gegen Zaidenmann hielt ein Verbot: „Schmutz ist persönlich mit dem Angeklagten Stobelnik identisch, daran kann es keinen Zweifel geben.“ Am „Tribunal“ Bösch wollten die Drahtzieher der Reaktion im Anti-SPD-Gesetz durchbringen, um die einzige Macht zu zerstören, die ihnen einmal gefährlich werden kann. Der „Tribunal“ Bösch sollte den Boden leeren. „Dank der Anhänglichkeit von Richter, Neumann und Vogt, die klare politische Linie durch Verbrechen, Schlimm und durchgängige Epigonalwerke erziehen wollten, schreite die Unternehmung. Scheiterte? Die Gesetze lehrten den Damm nach unten, und der gefällige Kommiss überreichten die gewünschte Diktatur. Nur wurde diese bürgerliche Klassenurteil in den Mantel parlamentarischer, juristischer und politischer Freiheit schüchelt.

Und beachtlich ehorde die deutsche Klasse. Nur die, die gegen das Leipziger Todesurteil und die höchsten Terrorakte deutscher Klassen-jurist Einpruch erhoben, haben die Möglichkeit, das Moskauer Urteil zu kritisieren. Wenn die Deutsche Liga für Menschenrechte an die Regierung der UdSSR, auf Nichtvollendung des Todesurteils appelliert: dann hat sie ein Recht darauf durch ihre Leitlinien gegen die Junkoff-Banden und das Leipziger Urteil erworben. Wenn aber die Presse der deutschen Bourgeoisie, voran die Blätter des Junkoff-Wilhelm und das Organ des bürgerlichen Kleinbürgertums, der „Vorwärts“, das Moskauer Klassenurteil als Anlaß begrüßen, um fruchtlos zum Kriege gegen Sowjet-Rußland zu heken, den einzigen Freund den Deutschland noch hat: dann muß man sie der Heudeide bestrafen. Die Herren Reichlein haben kein Wort gefunden für die Tausende hingerichteter bulgarischer Arbeiter und Bauern, für den Kampf der chinesischen Kulis, für die Annette der politischen Gefangenen und gegen die Terrorpolitik des Herrn Richter. Sie haben stets „politische Belange“ zu wahren, wenn Mat dazu gehört, die Wahrheit zu sagen. Oberhaupt werden alle, die noch über die Fänge ihrer Privatinteressen schauen können, den Kampf aufnehmen müssen gegen eine Bräut, die die Wahrheit zur Dure, sich selbst aber zum Kuli der interneren Interessenten macht. „Seht nicht die Affäre: „Gegen Rußland: Westorientierung!“, und schon brüllen die Cliquen: „Naturale! Rele Schmach!“ Man hat sie 1918, angestrichelt, eine andere Weise fingen hören.



**Veranstaltungen für alle Vereine**  
 Bureau u. Kasse: Verbandsstr. 14  
 Nr. 1473 - Volkshausstraße 107000  
 Nr. 1473 - Volkshausstraße 107000  
 Nr. 1473 - Volkshausstraße 107000

**Schier, Regatta- und Sportmengen**  
 fassen Sie gut  
**J. Raifgen,**  
 Gr. Klausstr. 26

**Badetrikots** schwarz, halbtone Qualität Stüd 1,95 1,65 **1,35**  
**Badekappen** moderne, feid-lane Notizen Stüd 1,75 1,45 1,25 **95**  
**Badetücher** halbtone Qualität Stüd 1,25 1,00 - 8,95 100 150 = 7,50 100 100 = 4,25 80 100 = **3,50**  
**Bademäntel** in vielen Mod-iam. Norman Stüd 2,50 2,25 2,25 **1,95**  
**Frottiertücher** weich m. halbtone Qualität Stüd 2,45 1,95 1,65 1,45 **1,25**  
**Netzjacket** maßstabig, mit fargen Besatz Stüd 1,75 1,50 **1,25**  
**Schlupfhosen** Baumwolle, in viel. schön. Farben Paar 1,45 1,25 **1,10**  
**Hemdhosens** weich, fein gewirkt Stüd 2,65 1,95 **1,75**

**Knaben-Sporthemden** geist. Besatz, mit Brusttafel, Gr. 60 Jede weitere Größe 30 G mehr **2,75**  
**Einsatzhemden** Tafel, mit geist. Rippenstreifen Stüd 2,55 2,95 **2,45**  
**Damenstrümpfe** Feile und Spitze verziert . . . Paar **85**  
**Damenstrümpfe** Doppelkante, hochfeil verziert in allen Farben Paar **95**  
**Damenstrümpfe** feinstitchige, Doppelkante, hochfeil, Paar **1,45**  
**Damenstrümpfe** la. Besatz, Doppelkante, hochfeil, Paar **2,25**  
**Herrensocken** Doppelkante, hochfeil . . . Paar **95**  
**Herrensocken** feinstitchig, Paar **1,65**

**1018 Prima Meißel- und Wackwaren**  
**Hackelfmann**  
 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

**Veranstaltungen der Roten Hilfe**  
**Rote Fahnen** zum Schmücken der Fenster am Roten Antl - Kriegstag  
 Stüd 5 und 10 Pfennig  
 Zu haben: Bezirks-Generalkommission, Verbandsstr. 14 Volkshausstr., 1. Stock, von nachm. 5 - 9 Uhr

# Ein Blick und der genügt

um festzustellen, daß wir auch mit unserem heutigen Angebot Außer-gewöhnliches leisten!

**Ein Fabrikpfeifen**  
**Bremen - Waschkleider** alles zum Auswaschen  
 Serie I Größe 45-55 Serie II Größe 60-70  
**3,75 5,75**  
 Serie III Größe 75-85 Serie IV Größe 90-100  
**3,75 9,75**  
**Ein Herren - Strohhüte** weit unter Selbstkostenpreis herabgesetzt Zum Auswaschen  
**Stüd 1,75**

**1019 Prima Meißel- und Wackwaren**  
**Hackelfmann**  
 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150

**Veranstaltungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“**

**23. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Samstag den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**24. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Sonntag den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**25. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Montag den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**Meine Bekannten Mischkaffee** lobt jedermann **Merkel, Zeig, Rohrnack 7**

# Nussbaum

Halle n. d. S. Das führende Kauf- u. Warenhaus Gr. Ulrichstr. 60-61

**1020 Prima Meißel- und Wackwaren**  
**Hackelfmann**  
 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200

**26. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Dienstag den 26. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**27. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Mittwoch den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**28. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Donnerstag den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**Zimmer noch Neben-Spezialgeschäft**  
**Streihbüchsen, Winkel**  
**Zweijährige Materialerim**  
**Delfarben**  
**Mag Nüdler**  
 Nur Rannigstraße 2, nicht Alter Markt

**Seht, sagt man gut und billig**  
**Rinderwagen, Klappwagen, Stubenwagen**  
**Bruno Paris**  
 Brunnenstraße 3, 1. Zimmer vom Markt  
 Gertrud u. Johanna, Gertrudenstraße 11

**Asioria, Weissenfels**  
 Rinderwagen, Klappwagen, Stubenwagen  
**Lya de Putty**  
 Eugen Albr. Margarete Augler, Arch. Amers, Hermann Albr. u. Herrn Albr. können ein Weissenfels-Deutscher-Textil-Produktions- und Ausstellungs-Kommissionen  
**Komodianten**  
 Ein Blick hinter die Kulissen des Theaters  
 Was tut man nicht alles aus Liebe!  
 1153 Halleschen Innere Weissenfelsstraße

**29. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Freitag den 29. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**30. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Samstag den 30. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**31. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Sonntag den 31. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**Seinthe Tafelwein**  
 Täglich frisch und in Dosen  
**Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt!**  
**Heinrich Müller**  
 Gr. Brauhausstr. 29  
 Halle a. d. Saale Fernruf 3183

**Zopf-Diabrot**  
 Zopf-Diabrot  
**Dam. Kopfmäße u. Frisieren**  
**H. Kaden u. Konditorewaren,**  
 H. Obstsch.,  
 Jeden Sonnabend einmal frisches  
**Weißgebäck**  
**Spekuchen**  
**Mag Schröder**  
 Schwefelstraße, Ecke Verbandsstr.

**Zur Vereine**  
 empfehle ich mein reichhaltiges Lager in  
**Schieß- und Regelrevolvern**  
**Kinderrevolver-Gewehren**  
**Wichtigste u. -terme**  
 sowie  
**Berechnung des Lotopieles**  
**Adolf Meißel, Weissenfels,**  
 Markt 21 1151

**32. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Montag den 1. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**33. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Dienstag den 2. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**34. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Mittwoch den 3. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**Todesurteil bringt Riesold**  
**Läusen, Wanzen**  
**Häfen, 10181** bei Weissenfels und Lier  
 Verkaufsstellen: 243  
**Salle, Schurig, Stenno; 10**  
**Gieseler, Müller, Hagedorn; 10**  
**Wittenberg, Wenzel, Dörsch; 6**  
**Wittenberg, Wenzel; 10**  
**Weissenfels, Wenzel, Klotzstr. 27**  
**Wittenberg, Wenzel, Jägerstr. 17**

**Lebensmittel**  
 alles Art empfiehlt  
**W. Eberling**  
 Weissenfels  
 Brauhausstraße, Ecke Bromende  
 - Markt 20 -

**35. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Donnerstag den 4. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**36. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Freitag den 5. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.

**37. Zeilnahme am Roten Frontkämpferfest** am Samstag den 6. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Verbandsstr. 14, Volkshausstr. 107000, Nr. 1473.



## Gewerkschaftsbewegung Der DMB-Bezirksleiter Köhler gegen den Roten Tag

Wie wir schon an der Spitze des Blattes mitteilen, hat der dem mitteldeutschen Arbeiter bekannteste Kommunistenreferent Köhler, der durch seine Intrigen schon viele gute Funktionäre aus der Organisation geholt hat, sich ein neues Feldbühnen gestellt.

Die Disziplinierung sollte das DMB befehlen einstimmen, die holländischen Metallarbeiter zur Teilnahme an der Antirights-Kundgebung aufzufordern. Der „Klassenkampf“ veröffentlichte den Aufruf, während das „Vollblatt“ besteuert zurückwies. Die Disziplinierung ließ Handbillet anfertigen, um sie durch die Funktionäre in den Betrieben zu verteilen. Am Dienstagmorgen, wo der Verband vor sich gehen sollte, erschien im Ausschuss des holländischen Dreifacher, der an einer Betriebsversammlung teilnahm, der Bezirksleiter Köhler und befehlsgemäß die gesamten Handbillet. Diese unvermeidliche Handlungweise Köhlers bedeutet eine Abhängigkeit von Beschlüssen der Disziplinierung.

Köhler wird wieder keine alten Lebensluster hervorheben, daß seine Parteipolitik gemacht worden dürfte. Er behauptet auf das letzte Gedächtnis der Arbeiter. Wie war es bei der Reichstagswahl? Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie forderte offiziell alle Arbeiter auf, nur der SPD ihre Stimme zu geben. War das politische Neutralität? Wir erinnern an die unvermeidliche Propaganda leitens der SPD. Wir sollten hier das „Schwarze Rot“ und „Schwarze Gold“, das heute nicht mehr leben und nicht mehr leben kann. Die wenigen Beispiele genügen, um die Heuchelei Köhlers zu verdeutlichen.

Die Metallarbeiter aus den Betrieben müssen aus dieser Handlung ihres „Führers“ ihre Konsequenzen ziehen. Wenn die Bongen laborieren, müssen die Arbeiter sich recht aufmerksamer.

Darum ist es Ehrenpflicht aller holländischen Metallarbeiter, reflexlos an der Antirights-Kundgebung teilzunehmen.

Die oppositionellen Mitglieder des Verbandes werden in einer Fraktions-Sitzung am Freitagabend im „Vollblatt“ zu diesem neuen Streik Köhlers Stellung nehmen. Jeder Betrieb ist verpflichtet, an dieser Sitzung teilzunehmen, um die Beschlüsse über die Taten Köhlers zu unterstützen und entsprechende Maßnahmen dagegen zu beschließen.

## Der Parteitag zur Gewerkschaftsarbeit

Von Wilhelm Koenen, Berlin

Es ist bei Wilschlag unseres Parteitages wurde die interessante Tatsache bekannt, daß die neueste Nummer der Gewerkschaftszeitung des ADGB, in dem Bericht an den Gewerkschaftstest der Gesamtmitgliedschaft der freien Gewerkschaften mit rund 4 1/2 Millionen angab. Da im Frühjahr 1923 etwa 9 Millionen Mitglieder waren, so liegt mit Anfang 1925 noch immer die Hälfte der früheren Gewerkschaftsmasse der außerhalb ihrer Organisationen.

Aber wie schon der Parteitag feststellte, ist der durch reformistische Vertrat, Brutalität gegen die Opposition, Antilationsseid und Massenarbeitslosigkeit veranlaßt Kündigung der Gewerkschaften doch gegenüber zum Stillstand gebracht worden. Ein neuer langwieriger Kämpfe hat eingeleitet. Dazu haben neben der sogenannten Marktschlüsseln die erneute Verarbeit der Kommunisten für den Wiedererwerb in die Gewerkschaften und die Arbeit für die Gewerkschaftsarbeit wesentlich beigetragen. Es ist in steigendem Maße gelungen, sich der Partei wieder die Erlernnis durchzuführen, das es ohne Parteimitgliedschaft nicht möglich ist, er folgere Kämpfe gegen die Elends-Offeren der Unternehmern, gegen Lohnruhm und Arbeitsuntenstag-Kauf zu führen. Die in diesem Sinne betriebene Verarbeit soll nach den einmütigen Beschlüssen des 10. Parteitages noch verstärkt und gefördert werden. Die Verpflichtung zur Mitgliedschaft und zur Arbeit in den Gewerkschaften wurde für alle Kommunisten erneut bekräftigt.

Der Parteitag lenkte die Aufmerksamkeit aller Genossen auf die Lasten, daß neben dem eigenen Verlangen in der Gewerkschaftsarbeit auch die Massenmacht den kommunikativen Einfluß in den Gewerkschaften und damit auch den Einfluß der Partei auf die breiten Massen vermindert hat. Die fehlende Oppositionsarbeit und die abnehmende Schmäderung der Verbände nach der Bureaukratie der kommunistischen Möglichkeit, mit den gewerkschaftlichen Organisationen seit ein Jahr in völliger Passivität zu verharren. Diese Passivität steigerte in verdränglicher Weise den Einfluß der SPD-Kolonne auf die Gewerkschaften. Die Verhandlung der letzten Juli haben das ersichtlich deutlich bewiesen, die SPD konnte ihre Damm-Politik in vollem Umfang durch die Gewerkschaften führen.

Der Parteitag läßt unsere Mitgliedschaft nicht darüber im Zweifel, daß solche Kämpfe um tägliche Lebensnotie nicht durch einfache Agitation von uns innerhalb der Gewerkschaften durchgeführt werden können. Das war in den Nachrevolutionen und in der Antirightsperiode leicht möglich. Jetzt aber wird es einer ganzen Arbeit bedürfen, um neuen, den Einwirkungen der Bureaukratie der kommunistischen Partei auf die Gewerkschaftsbürokratie den entscheidenden Druck zur Auslösung wirtschaftlicher Kämpfe auszuüben. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind nicht nur Anti-Kommunisten und Gegner der internationalen Gewerkschaftsarbeit, sondern sie sind auch gegen jeden Streik in Deutschland. Als Ministerium am kapitalistischen Wideraufbau berufen die besten Ertrag durch Streik mit allen Mitteln zu verhindern, wobei sie sich bei der Anwendung raffinierter Schlichtungsmaßnahmen im engsten Bündnis mit der Staatsbureaukratie befinden.

## Kollege!

Verfolgst Du die Berichte der Auslandsdelegation der deutschen Arbeiter?

Wollen wir gegenüber all diesen Widerständen die gewerkschaftlichen Massen in Bewegung setzen, so müssen sich unsere Genossen an jeder, auch der feinsten Gewerkschaftsarbeit aktiv beteiligen. Hierzu bedürfen wir Kenntnis der Lage der Gewerkschaften in allen Ländern und Teil zur Seite stehen, und sich ständig bemühen, jede Gewerkschaftsfunktion mit dem höchsten Pflichtgefühl auszuführen. Dabei müssen wir wohl die Frauen wie die Jugendlichen ebenfalls planmäßig in die Gewerkschaftsfunktionen gebracht und immer lebhafter mit in die Kämpfe hineingezogen werden.

Die Organisation dieser Arbeit ist durch den Beschluß des Parteitages, daß in allen Orten monatlich ein Gewerkschaftstag anzusetzen wird, fest begründet. An diesem Gewerkschaftstag dürfen keinerlei andere Parteiveranstaltungen oder Veranstaltungen anderer Organisationen, auf die die Partei führenden Einfluß hat, stattfinden. Der monatliche Gewerkschaftstag gilt ausschließlich der Organisierung der Gewerkschaftsarbeit und der Fraktionsarbeiten für die einzelnen Verbände oder Industriegruppen. Die gesamten führenden Funktionäre der Partei sind für diesen Tag in die Gewerkschaftsstationen zu delegieren, damit einerseits die Politikierung und Organisierung der Arbeit mit betreiben helfen und damit andererseits ihnen die vielen Einzelfragen des gewerkschaftlichen Lebens ständig vor Augen gebracht werden. Ueber die einfache Wertigkeit und die verbesserte Organisationsarbeit hinaus hat aber der Parteitag noch einen weiteren Auf-

tritten Schritt von erheblicher Bedeutung beschlossen. Es soll mehr wie bisher über den Rahmen der festen Parteifunktionen hinaus die Bildung eines linken Oppositionsbüros in den Gewerkschaften betrieben werden. Alle auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden und für die Vertiefung der Gewerkschaften eintrittenden Profiteure alle gegen die Bürokratie der Gewerkschaften und den arbeitgemeinschaftlichen Geist opponierenden Kräfte sollen in gemeinsamen Werten zusammengefaßt werden. Diese verbreitete Oppositionsbewegung muß die Möglichkeiten schaffen, daß trotz aller Widerstände auch der gesamten Arbeiterheit offen wird, wie auch in der letzten Situation erlösende profitorische Schritte gefaßt werden können. Eine solche verbreitete Opposition wird in den Reformen unmöglich machen, durch Unklarheiten, Kampfschwächen, Massenimmungen aufzulösen, sie für die SPD zu misbrauchen, um dann doch jeden verbreitete Opposition zu verhindern. Erst auf dem Wege über eine solche wirklich im Kampf gegen die Bürokratie und gegen die Gewerkschaften und monarchistische Reaktion mobilisieren und sie durch Aufführung über unter kommunikativen Forderungen in diesen Fragen für den Kampf mit allen Mitteln, für den revolutionären aufpartamentarischen Kampf, gewinnen.

Unter nächstes Ziel muß dabei sein, den linken Oppositionsblock in den deutschen Gewerkschaften zu stärken, so daß die erstoffene neue Widerbewegung in England in den letzten Jahren Schritt für Schritt breiten können. Dieser Widerbewegung, die mit der Schaffung des anglo-russischen Komitees bereits zu weitestgehender Bedeutung gelangt ist, müssen wir umsoher andere Unterstützung geben als es gerade die deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer sind, die der internationalen Gewerkschaftsarbeit und damit dem internationalen Befreiungskampf des Proletariats von holländischen Widerstand entgegenstellen. Die Entsendung der Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland kann bei richtiger Auswertung, nach dem unsere Arbeit in den Gewerkschaften wieder begonnen hat, für die Schaffung des linken Oppositionsblockes von ausbleibender Bedeutung werden. Eine Weltbewegung für immer enger Verbindung mit dem russischen Proletariat und den englischen Widerbewegung wird auf dem Boden einer verbreiteten Gewerkschaftsopposition dann auch die Schaffung wirklicher Einheitskomitees in Deutschland ermöglichen. Durch die Einfluß der reformistischen Führer auf die breiten Massen zurückgedrängt und im steigenden Maße ausgeschaltet werden wird.

Mit diesen Beschlüssen hat der Parteitag Mittel und Wege gezeigt, die unsere revolutionäre Gewerkschaftsarbeit auf den schon bestehenden Grundlagen rascher als in den letzten Jahre wieder vorwärts und aufwärts bringen werden.

## Achtung, Mitglieder des Bauergewerksbunds!

Am nächsten Sonntag, dem 26. Juli, finden die Urwahlen zum ADGB-Kongress in Breslau statt. Gerade anlässlich des gegenwärtigen Kampfes hat es sich gezeigt, wie dringend notwendig die sofortige Herbeiführung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsarbeit ist. Aus diesem Grund haben überfüllte Streikverordnungen in Wittenberg und Eilenburg einstimmig beschlossen, einen Kandidaten aufzustellen, der auf dem Breslauer Kongress für die Gewerkschaftsarbeit eintreten soll. Darum müssen alle Bauergewerksbundsmitglieder, die es mit der Gewerkschaftsarbeit ernst meinen, bei der Wahl am Sonntag für die folgenden Kandidaten eintreten:

Im Bezirksverband Magdeburg:

Wlred Holzweilig, Zargau

Im Bezirksverband Erfurt:

Otto Hoffmann, Mühlhausen

Alle anderen Kandidaten sind zu freiden!

## Streik bei Lindner Ammendorf

Die Arbeiter der Firma Gottfried Lindner, Ammendorf, sind gestern nach Arbeitsloshalt in den Streik getreten, wobei Lohnhöfmissen. Dort herrschte das Minutensystem. Die Direktion kürzte einfach die fehlgehölte Minutensahl, worauf die Arbeiter bei der Direktion vorrückten. Darauf bewilligte die Direktion wieder 100 Minuten. Da dabei die Arbeiter trotzdem noch nicht zu ihrem Arbeitsloshalt kommen können, greifen sie zum äußersten Kampfmittel. Alle Arbeiter, die unter dem feuchstlichen Antreibesystem leiden, müssen Solidarität üben!

## Weitere Anträge zum Breslauer ADGB-Kongress Gegen die Spaltungsstatik der Reformisten

Metallarbeiterverband Köttingen und Neuntischen (Saar): Die außerordentliche Generalversammlung prüft gegen die Spaltungsstatik der Reformisten, die die Gewerkschaften in die Spaltungsstatik der Reformisten aufgelöst hat. Ferner gegen das Vorhaben der dem ADGB angehörenden Vorhändler der Zentralgewerkschaften, welche ganze Zehntausende Oppositioneller Mitglieder ausgeschlossen haben. Die Generalversammlung verlangt vom Gewerkschaftskongress in Breslau, daß sämtliche Ausschüsse, welche wegen oppositioneller politischer Einstellung von Disziplinierung und Disziplinierung vorgeschrieben sind, sofort rückgängig gemacht werden.

Metallarbeiterverband Solingen, Holzarbeiterverband Halle a. S.: Der 12. Gewerkschaftskongress beschließt, daß sämtliche angehörenden Organisationen dazu angehalten werden, Schritt zu machen mit der bisherigen Taktik der Ausschließung von Mitgliedern und Organisationen wegen Dingen, die ihrer politischen und revolutionären Bestimmung naturgemäß entsprechen.

Ferner beschließt der Kongress die Wiederaufnahme der sämtlichen Ausschlüssen, soweit sie sich keine ehrenrührigen Handlungen zuzuschreiben kommen lassen. Ferner müssen alle Verbände, die Gewerkschaften, Union der Bands- und Kopfabteilung, Verband der ausgehörenden Bauarbeiter usw., soweit sie dazu bereit sind, unter Anrechnung der geschätzten Beiträge jedes einzelnen Mitgliedes von ihren Zentralverbänden wieder aufgenommen werden.

## Für die internationale Gewerkschaftsarbeit

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Essen: Der XII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands beschließt, eine Studienkommission nach Sowjet-Rußland zu entsenden. Diese Studienkommission besteht aus sechs Mitgliedern und hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjet-Rußland zu studieren, insbesondere die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Arbeiter.

Reinigung für Entsendung der Studienkommission ist, daß die Gewerkschaften der Studienkommission und den von der Studienkommission bestimmten Dolmetschern freie Einreiseerlaubnis gibt. Reinen die Gewerkschaften die von der Studienkommission be-

nannten Dolmetscher ab, so nimmt die Studienkommission ihre Arbeit nicht auf.

Nach ihrer Rückkehr aus Sowjet-Rußland hat die Studienkommission die Verpflichtung, in allen Gewerkschaften Deutschlands sofort und eingehend Bericht zu erstatten.

Metallarbeiterverband Gema: Dresden, Düsseldorf, Braunschweig, Köttingen, Köttingen, Neuntischen (Saar), Halle a. S., Saarbrücken, Solingen und Witten; Schuhmacherverband Köln, Chemnitz, Weizsäcker und Stuttgart; Bauergewerksbund Dortmund und Homborn; Seiler- und Tapetenarbeiter Berlin; Zimmerer-Verband München, Zentralverband der Schuhmacher Berlin. Im Interesse der Vertiefung der internationalen Gewerkschaftsarbeit, wie auch um die revolutionären Erfahrungen der russischen Gewerkschaften nutzbar zu machen, beschließt der 12. Gewerkschaftskongress die Entsendung einer Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland. Die Zusammenstellung der Delegation erfolgt unter Berücksichtigung aller maßgebenden Industriegruppen, wobei möglichst Arbeiter aus Betrieben als Delegierte in Frage kommen können.

Der Bundesvorsitzende wird beauftragt, für die beschleunigte Durchführung der organisatorischen und technischen Vorbereitung Sorge zu tragen und sich zu diesem Zwecke mit dem Generalrat der russischen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen.

## Genosse! Wie viele Deiner Betriebskollegen sind noch nicht „Klassenkampf“-leser?

Stelle es sofort fest und Sorge dafür, daß am Ende der nächsten Woche jeder Arbeiter je in Blatt liest!

Textilarbeiterverband Bamberg: Vom Kongress des ADGB wird beauftragt, daß er alle Maßnahmen zur Sammlung des deutschen Proletariats in geschlossenen und kampfbereiten Gewerkschaftsorganisationen trifft und den Kampf gegen das Verelendungssystem der Kaiser-Regierung aufnimmt.

1. Durch Schaffung der nationalen und internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung.
2. Durch Anerkennung des anglo-russischen Einheitskomitees.
3. Durch Herbeiführung des Sündenbundes mit Sowjet-Rußland.
4. Durch Massenmobilisierung und Gewinnung der unorganisierten Arbeiter muß der ADGB, die Kraft zur Durchföhrung folgender Forderungen gewinnen: Kampf gegen den Zollwucher und Beherrschung des Massenkonsums. Kampf für den Achtstundentag. Kampf für höhere Löhne. Kampf für erhöhte Schutz der Arbeiter. Kampf für vollständige Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen.

Metallarbeiterverband Berlin: Der Gewerkschaftskongress beauftragt den Bundesvorsitzenden des ADGB, beim Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdem den Antrag zu stellen, daß alle auf dem Boden des Klassenkampfes lebenden Gewerkschaften der Welt, ganz gleich ob von welchen Gewerkschaftsorganisationen sie sich ableiten, zu einer Gewerkschaftsinternationalen zusammengefaßt werden. Ueber die Art und Zusammenstellung eines zu diesem Zwecke einberufenen Weltkongresses sollen die Vorstände des internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdem und der Roten Gewerkschaftsinternationalen Moskau in einer Konferenz beschließen.

Holzarbeiterverband Werdau: Der 12. Gewerkschaftskongress beauftragt den Bundesvorsitzenden des ADGB, dafür einzutreten, daß dieser die Verbindung mit dem englisch-russischen Einheitskomitee aufnimmt und sich dafür einsetzt, daß die Einheit der Gewerkschaften in internationalen Reihen beherge stellt wird. Kollegen, nehmt überall zu diesen Anträgen Stellung!

## Kommunistischer Sieg beim Zentralverband der Schuhmacher

(Eig. Draht.) Berlin, 24. Juli.

Wurde in der Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in der Zahlreiche Berlin im Zentralverband der Schuhmacher insgesamt 288 Stimmen, gleich 29 Prozent, abgeben. Davon entfielen auf den Kommunisten 1001 Stimme und auf den Sozialdemokraten 280 Stimmen. Der Rest wurde gesplittert.

## Gegen den Zollwucher! Resolution

Die am 21. Juli 1925 in Schleuditz („Stadgarten“) tagende, gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Holzschleifer, Tischler, Klempner, Schlosser und Verarbeiter der Regierung, die Agrarliste durchzuführen. Wir verlangen von unseren Spionagenorganisationen (Zentralverband u. ADGB.) schnellstens die Gesamtarbeiterchaft aufzurufen, um den Ausbeutern eine geschlossene Abwehrfront gegen die weitere Belastung und Ausbeutung entgegenzusetzen. Unsere dringenden Forderungen sind:

- Gesicherte Existenzmöglichkeit und Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen.

## Ablehnung von Lohnverhandlungen in der Knopfdindustrie in Kelbra

Die hiesigen Knopfabrikanten lehnten die Lohnforderungen der Knopfmacher ab und sind überhaupt nicht gewillt, in Verhandlungen einzutreten. Eine Mitglieder-Versammlung der Knopfmacher beschloß, die Sache dem Schiedsgericht zu übergeben. Knopfmacher! Seht auf der Hut! Die Unternehmern sind geschäftlich in Ablehnung Eurer berechtigten Forderung. Haltet auch jetzt fest zusammen. Hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, Er kämpft Euch bessere Lebensbedingungen!

## Achtung, Porzellanarbeiter! Der Zahlstellen Annaburg, Elsterwerda, Bad Schmiedeberg und Wittenberg

In der Zeit vom 31. Juli bis 11. August findet die Delegiertenwahl zur Generalversammlung statt. Obgenannte Zahlstellen bilden eine Wahlabteilung und wählen einen Delegierten.

Am Wahltag wählen alle oppositionellen Porzellanarbeiter den Kandidaten der Opposition, den Kollegen

Oskar Hartardt, Annaburg



# Halle und Saalkreis

## Der ärztliche Befund bestätigt die Mißhandlung an dem Arbeiter Schmidt

Wir berichteten vor einigen Tagen von den fürchterlichen Mißhandlungen an dem Arbeiter Franz Schmidt auf der Schupowasch-Glauchaer Straße. Bis jetzt ist eine offizielle Verurteilung dazu noch nicht erfolgt. Uns liegt die ärztliche Befundung vor, die der Mißhandelte erhalten hat, und die in jeder Weise unsere Angaben bestätigt:

Halle, 20. Juli 1925.  
Glauchaer Straße 20.

### Ärztliche Befundung.

Der Franz Schmidt, Wilmbergstraße 5 wohnhaft, wurde gestern abend und heute vormittag von mir untersucht, wobei ich folgenden Befund erthob:

Unters Schultergelenk aktiv überhaupt nicht, passiv nur unter großen Schmerzen beweglich, leicht geschwollen, harter Druck schmerzhaft. Am linken Oberarm in seinem unteren Drittel eine zwei Zentimeter breite und fünf Zentimeter lange Epithelion, eine circa 10-Zentimeter-große Schwellung. Eine circa 12 bis 13 Zentimeter lange und zwei Zentimeter breite blau-rot-rötliche Epithelion circa zwei Zentimeter unter dem Rand der linken Beckenschäufel.

Alle diese Verletzungen führt Patient auf Einwirkung durch stumpfe Gewalt zurück, was der ärztliche Befund bestätigt.

Dr. Fritz (Ankündigung)

Was den Gehern von uns in dieser Sache abgedruckten Vorbericht betrifft, so ist der Brief dem Volke in Halle nicht zu übergeben worden. Der verfrachtete Nachforschungen nach dem Streiber anzustellen. Ob der Brief von Schupowasch oder Hallesche Seite kommen mag: es steht fest, daß die reaktionären Elemente, die in Halle schleichend herumlaufen und denen - siehe den Fall Sparang - nie ein Haar gekrümmt wird, die Antiriegslundgebung der halleschen Arbeiterkraft freigenommen.

Die hallesche Schupo aber möge am kommenden Sonntag beweisen, ob sie wirklich Mißhandlungen bestet oder ob sie durch bekanntes Verhalten den Beweis erbringt, daß den Ernst einer proletarischen Demonstration gegen den Krieg zu widerlegen vermag.

## Ein Opfer der SPD

Es zweifelt das hiesige „Volksblatt“, das im Gegensatz zum „Kienlampp“ gegen keinen arbeitenden Arbeiter von den anderen Arbeitern über den nicht recht wissen wird und nur noch in Kleinbürgerlichen Kreisen geringen Absatz findet. Daß vielen Erfolg die SPD, beziehungsweise der „Kienlampp“ zu verzeichnen hat, beweist das „Volksblatt“ selbst durch seine Schreibweise, die an Gehässigkeit selbst den „Vorwärts“ in den Schritten stellt.

So berichtet das Kienlampp in seiner letzten Ausgabe vom Verhalten von der Berührung zweier Arbeiterinnen vom Staatsgerichtshof und bezeichnet dies als Opfer der SPD. Der „Vorwärts“ in Berlin, der ebenfalls auch noch von einigen Arbeitern gelesen wird, kann sich aus diesem Grunde so viel Gemeinheit erlauben und berichtet seinen Lesern von diesem Prozeß unter der Überschrift: „Der Hofgerichtshof. Schwere Strafen gegen junge Mädchen“.

Für das „Volksblatt“ erziehen die Arbeiterinnen nur dann, wenn einmal eine schwarzgelb-goldene Kanone vor Gericht nicht so zu ihrem Recht kommt, wie es wünschenswert wäre. Dann allerdings überläßt sich das Kienlampp in trivialsten Phrasen und lämpft auf die hiesigen Arbeiter, die selbst einem ehemaligen sozialdemokratischen Parteipräsidenten gegenüber allen Respekt fallen lassen. In einem Bericht vom Schöffengericht, das gegen einige Stahlhämmer, die vor einiger Zeit Herrn Runge angepöbelnd und mit Schlägen bedroht haben, ein mildes Urteil fällte, schreibt das „Volksblatt“ seit langer Zeit wieder einmal etwas von Kienlampp. Man liest hier:

„Dem Genossen Runge wurde außerdem das Recht der Berufung des Urteils ausgesprochen. Dem war von den Stahlhämmerbanden angeordnet worden, daß er totgeschlagen werden solle. Trotzdem die niedrige Strafe, ein Trost für Runge mag die Bemerkung des Amtsmanns sein, daß er höhere Bestrafung beantragt hätte, wenn Runge nach Parteipräsident geworden wäre. Das Leben eines aktiven Parteipräsidenten ist also wertvoller als das eines Parteipräsidenten zur Disposition“, wie der Amtsanwalt in seinen Reden den Genossen Runge dauernd betitelt.

Das dieses Urteil dazu beitragen wird, verschiedenen händlungsunfähigen Stahlhämmer, die wir in Halle genau haben, als Beispiel zu dienen, müssen wir bemerken. In unseren Märdern, die von Kienlampp bitter ernten Kampf zu führen, haben sie das höchste Vertrauen, und das wohl nicht ganz zu Unrecht.

Man sieht also, das „Volksblatt“ findet nur dann die richtigen Worte, wenn irgend ein sozialdemokratischer Sonje oder Halbgoß nicht zu seinem Rechte kommt. Geht es aber einem Arbeiter ähnlich wie Herrn Runge, dann nimmt das „Volksblatt“ die Kienlampp in Schutz und lobt von „Opfern der SPD“. Und das Ding nennt sich „Arbeiterzeitung“.

## Neue Arbeiter-Literatur

### Barrikaden an der Ruhr

Von Kurt Kläber

Kurt Kläber ist den deutschen Arbeitern kein Neuling mehr. Ein Teil seiner Gedichte und Erzählungen sind nicht selten in unserer Presse veröffentlicht worden.

Uns liegt eine kleine Sammlung seiner Erzählungen vor, die im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, erschienen ist. Kläber nennt sie „Erzählungen aus den Kämpfen des Ruhrproletariats“. Vor uns erheben die frohen, ausgeglichenen Gesichten der Ruhrproleten, die, teils ausgepöbelt, teils freudig oder arbeitslos, einen bitter ernten Kampf zu führen, kranke Frauen, hungende Kinder, inneren Zwang und brutale Unternehmungen - das sind die Feinde der Arbeiter. In dieser Atmosphäre wird das Leben zur Hölle, der Wille zur Befreiung der Schuldigen mächtig. Elementar wird demonstriert, entsetzliche Barrikaden und die Getretenen führen sich auf ihre Feinde.

Die Barrikaden sind notwendig, ihre Aufrufe zu fördern, ihren Gedanken nach Freiheit und Gerechtigkeit Ausdruck zu geben und zu zeigen, wieviel namenlose Helden das Proletariat beisteht. Seine Gedanken sind nicht die durch eine Partei planmäßig geführten Kämpfer. Vielmehr handelt es sich oftmals um zufällig zusammengekommenen Helden, die ohne Vorbereitung und Organisation dem nächstliegenden Uebel zu Weite rufen. Wir wissen, daß mit Einzelkämpfern die Arbeiter nicht zu liegen kann, daß vielmehr nur ein planmäßig geführter Kampf auf allen Gebieten den Sieg verleiht. Dennoch, und gerade darum sind die Erzählungen Kläbers ergreifend. Was er zeigen will, die unwürdige Kampfmoral des Ruhrproletariats, seinen Mut und seine Todesbereitschaft ist ihm meisterlich gelungen und die hiesigen Arbeiter sind durch diese kleinen Erzählungen zum gleichen Mut und gleichen Willen zu ihren Helden werden im Verfolg der Kämpfe höher gelagert.

## Der deutsche Bauernkrieg

Von Friedrich Engels

Herausgegeben von Hermann Dinter, mit Anhang: Die Part von Friedrich Engels und andere Beigaben. 184 Seiten.

# Massen, heraus zum roten Antiriegstag!

Am Sonntag, dem 26. Juli, marschieren die mitteldeutschen Arbeiter auf, um gegen die imperialistische Kriegsgesahr zu demonstrieren.

Die Vorgänge in Maroffo und in China sind Flammenschilder für das internationale Proletariat, sind Anzeichen, daß die Imperialisten bereit sind, in den gefantern Weise ein neues Völkermorden vorzubereiten.

Die Rolle der deutschen Kapitalisten wird gekennzeichnet durch den Abschluß des Garantievertrages, durch ihre Bereitwilligkeit, den Krieg gegen Rußland zu führen. Daß dabei die Sozialdemokratische Partei die Hentzerolle für das deutsche Proletariat miteispielt, ist der vorgeführten politischen Arbeiterkraft nicht verwunderlich.

Die fürchterliche Verelendung, die wiederum der deutschen Arbeiterkraft durch die 1911-Orlage und andere Massenfeuern bevorsteht, muß der Arbeiterkraft ein Signal sein, endlich die verfallenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung entgegenzutreten.

Deshalb hat die Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Halle-Merseburg, eine

### offene Aufforderung

an die Sozialdemokratische Partei, an das Reichsbanner und den ADGB, gründlich sich diesem roten Antiriegstag zu beteiligen. Die Antwort dieser Leute beweist, daß sie nicht den Willen haben, mit der Arbeiterkraft gegen die drohenden Gefahren zu demonstrieren.

Deshalb muß die Antwort der Arbeiterkraft auf diese erneute Sabotage sein:

## Nun erst recht beteiligen wir uns am roten Antiriegstag!

Die Abwicklung des roten Antiriegstages wird in folgender Weise durchgeführt:

Am Sonnabend, dem 25. Juli, findet im „Volkspar“ eine große Begrüßungsfeier statt.

Das Programm wird ausgearbeitet unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerkörpers, Spielmanszugs und der Kapelle des ADGB, Halle. Den Abschluß bildet ein Massenprotest.

Am Sonnabend, dem 25. Juli, werden die auswärtigen Delegationen eingeladen, nur bei der hinteren Eintragung des „Volkspar“ (Kleine Goldstraße) zu berufen.

Für die ausgefallenen Bauarbeiter und ländlichen Arbeitslosen ermöglicht sich der Eintrittspreis bei Vorweisung der Streikkarte resp. Arbeitslosenlegitimation und eines Mitgliedsausweises des ADGB, oder der SPD, um die Hälfte.

Am Sonntag, dem 26. Juli, sammeln sich alle einzelnen Ortsgruppen resp. Delegationen in nachfolgenden Lokalen:

Kreis und Stadt Weißenfels: Hardenberg-Kolonne, Hardenbergstraße.

Kreis und Stadt Zeitz: „Zur Erholung“, Martinsberg.

Ortsgruppe Amendorf: Hühners Restaurant, Kurze Gasse.

Ortsgruppen Lützen, Dölan, Gießpiza, Solmsbitten, Niesleben, Westau und alle anderen im nordwestlichen Teil des Saalkreises gelegenen Ortsgruppen sammeln sich im „Lindenhof“, Kröllwitz.

Ortsgruppen Seebau, Gennowitz, Teich, Gutenberg, Morf, Oppin, Traßdorf sowie alle im nördlichen Teil des Saalkreises liegenden Ortsgruppen sammeln sich im „Reichsadler“, Trotha.

Alle auf der Straße Halle-Güterfelde vor dem Ankommenenden steigen in Trotha aus und sammeln sich gleichfalls im „Reichsadler“, Trotha.

Die Frauen treffen sich Sonntag früh 10 Uhr in der Großen Goldstraße am Zehn-Kino. Rote Kopfschärfe mit mitzubringen. Alle anderen Teilnehmer sammeln sich im „Volkspar“.

Am „Volkspar“ selbst 10.45 Uhr Begegnung der Delegationsführer, an der sich auch die Führer aller im „Reichsadler“ und im „Lindenhof“ gemeldeten Gruppen zu beteiligen haben. Alle in anderen Lokalen befindlichen Delegationen erhalten besondere Anweisung.

10.45 Uhr Antreten zur Aufstellung des Demonstrationssuges. Zu dieser Aufstellung darf nur der hintere Ausgang des „Volkspar“ benutzt werden. Die Aufstellung des Suges erfolgt in der Gartenstraße mit Marschrichtung Burgstraße. Weitere Aufstellungen finden bei Abvolutierung, Kleine Goldstraße. Den Aufstellungen der durch Fremdenkenntlich gemachten Ordner (ADGB, weiße, SPD, rote Binden) ist unter allen Umständen Folge zu leisten.

Abmarsch des Demonstrationssuges 11 Uhr. Der Zug wird sich durch folgende Straßen bewegen:

Wahlstraße, Seebener Straße, Reifstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Wilmberg-Straße, Reichsadler, Markt, Burgstraße, Pläntelstraße, Reichenauer Straße, Rauländer Platz, Fortstraße.

Verdenfeldstraße, Jacobstraße, Glauchaer Straße, Hallerstraße, Hallmarkt.

Dortselbst große Kundgebung mit Fahnenweize, Masseneingang des Arbeiter-Sängerkörpers, Halle, Ansprachen von Vertretern der SPD, des ADGB, und der K.P.

Abmarsch durch Kleine Ulrichstraße, Wallstraße, Ritzdorf, Burgstraße zum „Volkspar“.

Die hallesche Arbeiterkraft wird hiermit aufgefordert, am Sonntag an insbesondere die Straßen, die der Demonstration zugewiesen sind, mit roten Fahnen und Girlanden zu schmücken.

Darum nochmals, hallesche Arbeiter:

**Heraus zum Protest gegen Völkermord und Unternehmerrückfall.**

**Beteiligt Euch in Massen am roten Antiriegstag.**

**Döllnitz**  
Parteilosen, Sportgenossen, Kameraden des Roten Frontkämpfer-Bundes!

Am 25. und 26. Juli findet in Halle ein roter Antiriegstag statt. Pflicht der Massenbewegten Döllnitzer Arbeiterkraft ist es, sich geschlossen daran zu beteiligen.

Die hallesche Arbeiterkraft. Neue Kräfte drängen die Arbeiterkraft wieder in das Land hinauszuweisen, wie Anno 14-18. Untere Pflicht ist es, dieses unter allen Umständen zu verhindern. Massenbewegte Arbeiter von Döllnitz, Ihr, die Ihr sonst immer in den vordersten Reihen gekämpft habt, schickt Euch jetzt in der erneuten roten Front zumachen. Zeigt der Reaktion die Zähne. China, Maroffo und der Balkan sind die Vorbereiten eines neuen Weltkrieges. Von man diese Staaten unterjocht, wird man ohne weiteres dazu übergehen, den einzigen Arbeiterstaat, Sowjet-Rußland, anzugreifen. Darum rufen wir Euch zu: „Seid gerichtet! Seid bereit!“

Die Parole der Döllnitzer Arbeiterkraft lautet am 25. und 26. Juli: Auf zum roten Antiriegstag in Halle a. d. S.!

**Antisozialistisches**  
Alle Mitglieder der SPD, des ADGB, und sämtliche Mitglieder der Sportvereine treffen sich am Sonntag, dem 26. Juli, zur Teilnahme am Antiriegstag in Halle, vormittags pünktlich 9 Uhr, am Amarsch durch Kleine Ulrichstraße, Wallstraße, Ritzdorf, Burgstraße zum „Volkspar“.

Die hallesche Arbeiterkraft wird hiermit aufgefordert, am Sonntagvormittag 9 Uhr, vorm Total Bolsch, zum gemeinsamen Amarsch.

**Ziherben**  
Treffpunkt für Sonntag. Die Arbeiterkraft, die sich am roten Antiriegstag am 26. Juli in Halle beteiligen wird, trifft sich am Sonntagvormittag 9 Uhr, vorm Total Bolsch, zum gemeinsamen Amarsch.

**Töblicher Unfall im Leunawert**

Ein töblicher Unfall ereignete sich am 22. Juli, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, in dem Leunawert, Bau 134. Der Arbeiter Schmalz aus Ammerbrot war mit einer Reparatur an einer Zentrifuge beschäftigt. Auf bis jetzt unerklärliche Weise wurde von außen die Zentrifuge in Betrieb gesetzt, ohne sich zu veranlassen, daß Schmalz sich nicht in derselben befand. Der bedauernswerte Kollege erlitt einen Wirbelsäulenbruch, welcher seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der Kollege Schmalz ist 21 Jahre alt und ledig. Es ist sehr bedauerlich, wenn die Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen werden. Wenn von der Zentrifuge Arbeiter verrückt werden sollen, so müssen die Sicherungen vorher entfernt werden. Dies ist aber infolge eines Verlesens durch den Meister nicht erfolgt.

**Sammlung für die Rußland-Delegation**

Hebertrag 619,65 RM.

Rt. 68 Brincker, Ammerbrot 28,50 RM.

Rt. 102 Schmidt, Halle 4,- RM.

Rt. 121 Carling & Lehmann, Maschinenfabrik 14,- RM.

Rt. 122 Raffinerie, Halle 3,- RM.

Rt. 123 Böhm & Co., Giechert 8,25 RM.

Rt. 124 Böhm & Co., Giechert 16,25 RM.

Rt. 129 Dieder & Wernburg 11,75 RM.

Rt. 130 Dieder & Wernburg 13,75 RM.

Rt. 140 Wiedel & Hübner 10,50 RM.

Rt. 170 Hallische Badenerstraße 11,40 RM.

Rt. 180 B. R. W. 13,90 RM.

746,25 RM.

Folgende Listen haben noch aus: Rt. 108, 109, 117, 151, 152, 153, 154, 155, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 168, 191 und 66.

Das „Volksblatt“ mag noch so wild vor der Rußlandfahrt warren und noch so lehrig die Arbeiter, die Aufklärung finden wollen und arbeitertellen seiner Partei angehören, behen: die Arbeiterkraft in der Arbeiterkraft, in ihre Pflicht und unterliegt die proletarische Aktion. Weiter in diesem Sinne!

**Ausstellungsgemeinschaft bildender Künstler, Halle**

Unter diesem Namen haben sich die halleschen freien Künstler aller Richtungen zusammengeschlossen, um vor allem im Ausstellungswesen zu organisatorischen Fragen zu fruchtbringender Zusammenarbeit zu gelangen. Der Zweck der Ausstellung ist, jedes Jahr regelmäßig im Frühjahr eine Graphik- und Plastik-Ausstellung und im Herbst eine große Gemälde- und Plastik-Ausstellung zu veranstalten. Malerei, Tausch, Wertkunst- und Gattungsleistungen sollen organisiert werden. Auf diese Weise wird der Bevölkerung jährlich zweimal ein umfassender Überblick über das Schaffen der bildenden Künstlerkraft in Halle gegeben und außerdem werden die Beziehungen zwischen hallescher und fremder Kunst immer gelöst. Im Herbst dieses Jahres wird in der Garnitionstraße die erste Ausstellung der Gemeinschaft stattfinden, die in ihrer Zusammenfassung hallescher Kunst derjenigen in der Oberrealschule von 1919 gleichkommt.

Folgende Maler und Bildhauer gehören der Gemeinschaft an: Heber, Braune, Degenhote, Gerhart, Paul Horn, Richard Horn, Dube, Manz, Martowitz, Martini, Michlich, Angler, Hoff, Adorf, Jensch, Schmidt-Gallm, Staube, Karl Wolff, Karl Wolff, Wogalla.

Geschäftsstelle: Bildhauer Richard Horn, Neuwert 6 (Tel. 1122).

**Film**

„Zehntausend am Niederrhein“ über einen Film, der geht ins C.Z.-Kino am Niederrhein. Am neuen Programm steht der letzte Film „Die weiße Rose“, ein Film, dessen Inhalt (wenn man überhaupt noch von einem Inhalt sprechen darf) als nicht anders als furchtbar angepöbelt werden muß. „Die weiße Rose“ ist typisch für den bürgerlichen Film. - Auf der Bühne haben wir eine tolle Veranstaltung dieses bürgerlichen Films, die am 23. 1. 1. in der Operette „Das Weib mit dem roten“ eine Operette, die die ganze niederrheinische Provinz der bürgerlichen Gesellschaft zum „Stichtag“ in ihrem gestrichelten Hemd zeigt. Am 23. 1. 1. in der Operette „Das Weib mit dem roten“ eine Operette, die die ganze niederrheinische Provinz der bürgerlichen Gesellschaft zum „Stichtag“ in ihrem gestrichelten Hemd zeigt. Am 23. 1. 1. in der Operette „Das Weib mit dem roten“ eine Operette, die die ganze niederrheinische Provinz der bürgerlichen Gesellschaft zum „Stichtag“ in ihrem gestrichelten Hemd zeigt.

„Johann-Strand-Bühnenfest“ in Bad Wilderhof. Der Leiter des 100. Geburtstages wird die Johann-Strand-Bühnenfest in Bad Wilderhof, dem 21. Juli im Bad Wilderhof ein gefeiert wird unter der Leitung des Wahlleiters Johann Strand aus Witten. (Halle des Wahlleiters). Das Programm ist ausschließlich aus Werken des hiesigen Kommunisten Johann Strand zusammengesetzt.



Folgen der Hitze

Am 23. Juli gegen 4 20 Uhr nachmittags wurde ein 17jähriger Mann auf der Straße in Schwindel von einer Schmachtafalle befallen. Er wurde der Polizeiwache geführt, von wo er, nachdem er sich erholt hatte, seinen Weg allein fortsetzen konnte.

Am 23. Juli gegen 4 20 Uhr nachmittags erlitt eine 60 Jahre alte Witwe in der Reiterstraße infolge der großen Hitze einen Schwindelanfall. Nachdem sie sich erholt hatte, wurde sie durch Polizeibeamte ihrer Wohnung zugeführt.

Am 23. Juli gegen 4 20 Uhr nachmittags erlitt in der Bogenhagenstraße eine Frau einen Schwindelanfall. Sie wurde durch verblüffende Personen in ihre Wohnung gebracht.

Am 23. Juli gegen 5 Uhr nachmittags wurde eine 55jährige Frau in einem Straßenbahnwagen von einer Schmachtafalle befallen. Da sie sich nicht erholt, wurde sie mittels Krankenwagens ihrer Wohnung zugeführt.

Am 23. Juli gegen 5 55 Uhr nachmittags brach in der Gr. Ulrichstraße ein 74 Jahre alter Mann zusammen. Der hinzugesogene Arzt festes Coma feststellte. Da der Bewußtlosigkeit nicht erholt, wurde er mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

• Schwindel, Tollwunderdahl! Am 22. Juli 1925 wurde in Kröllwitz in der Gefäßklinik eine weibliche Person von einem ansehend tollwütigen Schäferhund gebissen. Der Hund, dessen Besitzer nicht bekannt ist, wurde erschossen und wird auf Tollwut untersucht werden.

• Schon wieder ein Selbstmordverbot! Am 22. Juli gegen 9 20 Uhr vorm. legte sich ein 62 Jahre alter Mann in der Großen Teichstraße in Schwindel befallen. Er wurde ohne Schaden genommen zu haben von Straßenbahnbeamten von den Schienen entfernt und durch einen Polizeibeamten der Polizeiwache zugeführt, wo er bis zur Abholung durch seine Ehefrau in Schutzhaft genommen wurde. Grund zum Selbstmord war ein plötzlicher Anfall geistiger Störung.

• Zinszuschüsse für Mehrfamilienhausneubauten an angebauten Strassen, die ohne Hausanschlussarbeiten errichtet werden. Zur Förderung der Neubautätigkeit ohne Hausanschlussarbeiten gewährt der Magistrat auf die Dauer von zunächst 5 Jahren Zinszuschüsse. Unterliegen werden von der Zinszuschussabteilung des Wohnungsamtes, St. Luisenstraße 8 I, Zimmer 26, auf schriftliche Anträge totenlos abgegeben (Kümpfer beifügen). — Die wohnungslösenden Proleten werden davon nicht heben.

Ammerdorf Große Schinatunggebung auf dem Schillerplatz, Morgen, Sonnabend, wird die Einmündigkeit von Ammerdorf die Gelegenheit haben, einen Einblick über die Kämpfe und Leiden dieses Volkes zu hören. Der Vertreter hat die ersten spanischen Strafen der halberbesten in Schenken bei Ammerdorf, wo er sich mit den daraus entstehenden Volksbewegung, die Millionen von Chinesen aus allen Bevölkerungsschichten ergreifen hat. Außer der wertvollen Bevölkerung, die bestimmt durch den Versuch der Rundgebung ihre Empathie für das unterdrückte chinesische Volk zum Ausdruck bringen wird, legt die VAS, besonders Wert darauf, daß die Intellektuellen (Lehrer, Kaufleute, Angestellte) sich informieren in welchem Umfang diese Kreise an dem Freiheitskampf beteiligt sind. Besser als alle Zeitungserläuterungen, wird ein Blick auf dem „Reich der Mitte“ Ursachen und Ziele der Aufstandsbewegung darlegen.

Letzin Schadenfeuer. Am 23. Juli 1925, gegen 7 Uhr nachmittags, brannte ein mit Weizen befruchteter großer Ackerplan der Firma Boffe in Letzin. Die Letziner freiwillige Feuerwehr war sehr schnell zur Stelle und ihrem energischen selbstwärtigen Eingreifen, unterstützt von anderen hilfsbereiten Vereinen, ist es zu verdanken, daß das Feuer auf 7 Morgen beschränkt werden konnte, andererseits wurde bei der Trodenhilfe unbeschädigter Schaden entstanden. In der Saale stehende Bienenstöcke hatten an dem einwirkenden rauchenden Zigarettenstummel in das brennende Gras genommen, das Feuer sich, das Feuer verbreitete sich und dort rasch weiter.

Aus der Jugendbewegung

In die Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend! Sämtliche Ortsgruppen des Bezirks sammeln sich Sonntag morgen um 8 Uhr am Paradeplatz in Halle, von dort aus geschlossen zur Kundgebung. Die Bezirksleitung.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Heute abend 8 1/2 Uhr Treffpunkt auf dem Ballmarkt zum Gruppenabend auf den Klausbergen. Musikalische Instrumente mitbringen. Sonntag zur Mitbringensaktion tritt die Jugend von Halle sowie des ganzen Bezirks geschlossen an. Treffpunkt 8 Uhr vormittags Paradeplatz. Alle Mitglieder des DFBZ, neuhere heute abend 8 Uhr an der Frauentischgruppe im „Volkspart“ teil.

Ortsgruppe Letzin

Heute abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Kamp. Alle Genossen müssen erscheinen.

Jung-Parlatius-Bund, Ortsgruppe Halle

trifft sich am Sonntag um 10 Uhr auf dem Wettiner Platz, um an der Demonstration teilzunehmen.

Abenteuer einer Dame

11 Von Marietta Schaginian Etwas später, in den Pflanzungen, tat er den Jettel in seine Pfeife, dann aber in die Pfeifentafel, um ihn nicht zu verlieren zu können und stets bei der Hand zu haben bei seinen zahllosen Gängen in den Petrarager Soviet, zum Exzelsiortheater, Hartmanns Wohnungszimmer und. Mit Hilfe dieses Pfeifens verlor er, was seine Wohnung vor Beschlagnahme zu schützen, einen Teil unleserlicher Briefe, unteren Jettel, untere Filder zu retten; dieser Jettel bewachte ihn auch vor einer Handlung.

Rentenerhöhung — Beitragserhöhung

Der Reichstag hat in der vorigen Woche eine Erhöhung der Renten aus der Angestellten- und Invalidenversicherung beschlossen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge. Bei der Angestelltenversicherung eine Erhöhung des jährlichen Grundbeitrages von 300 auf 400 Mark und des Zeigerbeitrages von 10 auf 15 v. H. der Beiträge, die seit 1. Januar 1924 entrichtet sind. Bei der Invalidenversicherung ist der jährliche Grundbeitrag von 120 auf 150 Mark und der Zeigerbeitrag von 10 auf 20 v. H. erhöht worden. Außerdem ist bei beiden Versicherungen eine Erhöhung des Alterszuschlages von 30 auf 90 Mark jährlich beschlossen.

Die sofortige Erhöhung der Renten betraf also bei der Angestelltenversicherung 10 Mark und bei der Invalidenversicherung 3 Mark im Monat. Die Erhöhung der Zeigerbeiträge wird sich erst in späteren Jahren auswirken, da die Erhöhung erst auf die seit 1. Januar 1924 veranlassenden Renten in Anrechnung kommt. Die Erhöhung der Alterszuschläge trifft ausnahmslos nur eine geringe Zahl der Rentenbesitzer, denn Kinder unter 18 Jahren werden bei Invaliden- und Altersrenten nicht mehr viel anzurechnen sein.

Dieser geringen Rentenerhöhung steht aber gegenüber eine beträchtliche Beitragserhöhung:

Table with 2 columns: 'Bisheriger Neuer Beitrag' and 'Beitrag'. Rows include Gehaltsklasse A bis 500 Mk., B bis 300 Mk., C bis 200 Mk., D bis 100 Mk., E über 300 Mk., and a row for 'Zinszuschüsse'.

Table with 2 columns: 'Vorheriger Neuer Beitrag' and 'Neuer Beitrag'. Rows include 'Klasse I', 'Klasse II', and 'Klasse III' with sub-rows for 'Vor dem Kriege' and 'jetziger Beitrag'.

Freiwillige Beitragszahler müssen mindestens Beiträge der Klasse 2 zahlen. Bisher war zulässig Beitragszahlung in der niedrigsten Klasse. Die kommunisische Fraktion hat unter grundsätzlicher Ablehnung von Steigerungsbeträgen eine Erhöhung der Grundrente bei der Angestelltenversicherung auf 50 Mark monatlich und bei der Invalidenversicherung auf 40 Mark monatlich gefordert. Bei der Invalidenversicherung kommt noch ein Reichszuschlag hinzu, der derzeit 6 Mark pro Monat bei den Invalidenrenten und 3 Mark bei den Witwen- und Waisenrenten beträgt. Die kommunisische Fraktion wird bei der zweiten Beratung des Entwurfs wiederum Anträge auf Erhöhung des Alterszuschlages stellen, wie es bereits im März bei Beratung des Gesetzes über Zulagensteigerung für Renten aus der Invalidenversicherung getan hat.

In der Beitragsdebatte stellte sich die kommunisische Fraktion auf den Standpunkt, daß die gesamten Beiträge von Unternehmern allein zu zahlen seien, da der Arbeiter und Angestellte ja seine Arbeitskraft im Dienste des Unternehmers einsetzt. Nach Ablehnung dieses Antrages durch sämtliche Parteien, auch der

Sozialdemokratischen, forderte die Kommunisten, daß der Unternehmer zwei Drittel und die Angestellten und Arbeiter ein Drittel der Beiträge zu zahlen haben, bei Freistellung der beiden unteren Gehalts- und Lohnklassen aus der Beitragszahlung der Kommunisten. Diese Forderung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt und dafür beschlossen, daß in der untersten Gruppe, also bei der Angestelltenversicherung bis zu 50 Mark Monatsentgelt und bei der Invalidenversicherung bis zu 60 Mark Wochenlohn, der Unternehmer allein die Beiträge zu zahlen hat.

Abgelehnt wurde ferner ein kommunisischer Antrag, die Versicherungsbeiträge bei der Angestelltenversicherung, die jetzt zum Arbeitsminister auf 6000 Mark im Jahre festgesetzt ist, durch Geleitz auf 8000 Mark zuheben. Außerdem die dringende Forderung, das Heilversicherungs- und Pflichtversicherung bei der Angestelltenversicherung zu machen. Dafür wurde aber eine Bestimmung aufgestellt, nach der die Reichsversicherungsanstalt Mittel aufwenden kann für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Berufsunfähigkeit oder zur Hebung der gesundheitsförmlichen Verhältnisse der versicherten Bevölkerung, also für Ausgaben, die in erster Linie den Ländern und Gemeinden zufallen. Auf Grund dieser Bestimmung werden die Beiträge zur Sozialversicherung in mehr oder weniger und damit Reich, Länder und Gemeinden darin befreit werden, noch weniger Mittel für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Arbeiterhaft aber werden durch die daraus folgende Beitragserhöhung weiter Zinsen abgeführt.

Auf der anderen Seite aber lehnen die bürgerlichen Parteien sämtlich ab, überhaupt in eine Beratung darüber einzutreten, von den Versicherten ein vermehrter Einfluß auf die Geschäftsführung zu verschaffen sei. Die kommunisische Fraktion verlangte: Ausbau des Vertrauensmännerbüros zu einer Kontroll- und Berichterstattungsstelle für die Versicherten und direkte Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats. Man einigte sich lediglich auf die Geschäftsführung, die die Regierung aufstellen darf, solange, solange bei der Reichsversicherung ein einseitiger Wahlrechtinfolge weiter soll.

Unsere Redner haben bei den Debatten besonders wieder auf die Forderung nach Veredelung der einzelnen Versicherungsarten zu einer einheitlichen sozialen Versicherung verwiesen. Insbesondere aber die sofortige Zulagensteigerung der Invaliden- und Angestelltenversicherung gefordert, ein dahingehender Antrag liegt bereits seit Monaten vor. Die Vertreter der bürgerlichen Angestelltenverbände im Reichstag, besonders auch der völkische Abgeordnete Schäfer, traten entschieden für Beibehaltung der geltenden Versicherung mit höheren Leistungen für die Angestellten. In der Situation der Abgeordnete K. A. in den kommunisischen Antrag, der eine Gleichstellung der Grundbeiträge der beiden Versicherungen forderte, als Agitationsantrag bezeichnet, während der Abgeordnete Aufhäuser selbst vorher für eine Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung eingetreten war. Die kommunisische Fraktion hat nach Wählung ihrer weiteren gehenden und sich auch die angelegene Erhöhung gefordert, nachdem aber diese geringe Erhöhung soll und ganz durch erhebliche Beitragserhöhungen wieder eingebracht werden soll, in der Schlussabstimmung das Geleitz abgelehnt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie ebenso, wie bei ihrer Zustimmung zur Invalidenversicherung die Bahn für machen will für den Kampf um die wirtschaftliche soziale Fortschritt und nicht, wie der Zentrumsgesandnete Eiler zum Schluss erklärte, daß mit diesen Vorschlägen die Gelegenheit in bezug auf Erhöhung der Leistungen in der Sozialversicherung auf längere Zeit zum Abbruch gekommen sein wird.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Aglerbund, Bezirk Halle Am Sonntag, dem 26. Juli, begannen die Kuchelbrotkämpfe zur Bezirksfeier. Teilnehmerliste die am Sonntag beim Regler aus jeder Gruppe. Geschlossen werden die Kämpfe mit einer 1000 Mann starken Demonstration im „Volkspart“. Die einzelnen Regler sind namentlich aufgelistet und bei fast jeder Gruppe sind die Mitglieder aufgelistet.

Hindenburg-Aufwertung



Der Lehrer zog die Hand vom schwarzen Bündel zurück, sah sich nach allen Seiten um und schätzte die Situation. „Sie miserlichen meine Arbeit, Bürger, beruhigen Sie sich! Sie entziehen dadurch nur die Volksbedürfnisse. Mein Fall ist in dieser Hinsicht eichendend bedauerlich. Bürger, Sie offen eine Gurte? Wollen Sie bitte in Betracht ziehen, daß in ganz Güttrudland die Cholera wütet. Wenn Sie die schon unbedingt einwillen, dann können Sie die Bewältigung des Falles mit dem Feldmeister. Also, ich möchte Ihnen von meinem Fall erzählen.“

Glück. Mit allen Menschen ohne Ausnahme sprach er mit einem ganz dünnen Stimmchen und sagte sich unendlich ordnung. Bewegungen und Redensarten um. Er schmeichelte sich sogar bei den Sänglingen ein, indem er vor ihrer Nase mit den Fingern schnalzte und lässlich lächelte. Allen jammerte er seinen vollständigen Ruin vor, seine hoffnungslose Armut und nahm und versuchte ungenügend das trübselige, schwarze Areal, das die Wagenpfeifen mit ihm teilten. Aber die Vertiefung riefte er nahe an sich heran, schaltete das Geld in seinem Gürtel, die Seite mit den Brillanten an meiner Brust und sagte mir zwischen den Zähnen zu, ich solle mich einfacher und natürlicher benehmen. Die Komödie wunzig mich, darüber nachzudenken, wela unruhigen Zustand die allgemeinen Charaktereigenschaften haben, die eine hohe Position in einem Menschen bezieht. Sein Zustand, gebiet braucht sich nur für eine kurze Zeitpaare zu ändern, damit er ein inneres und äußeres Gesicht gänzlich verändert. Die lebensfähigen Dinge seien ebensowenig widerstandsfähig wie die Staubkörnchen unter dem Mikroskop des Windes.

# Die Ursachen der Preissteigerungen

P. B. Halle, 24. Juli.

Die gesamte bürgerliche Presse berichtet unter dem Mantel der Schlichtheit immer und immer wieder von der Verteuerung der Produktion durch übermäßigen Anstieg der Löhne an den Gesamtergebnissen. Herr Professor, dem Beweisen dafür anzutreten. Er ist ihm nicht gelungen. Wohl aber haben sich die Mittelungen, die — vom Standpunkt des Unternehmers gesehen — die produktionssteigernde Wirkung der Durchbrechung des Lohnfundaments zollenmäßig darlegen. Diese statistischen Erhebungen, die erfreulicherweise in einigen Fällen aus den Händen der Geheimniskammer aus Licht der Öffentlichkeit gesogen werden konnten, zeigen — nun vom objektiven Standpunkt der unterdrückten Majorität — die wahnsinnige Steigerung von Anreizerei und Ausbeutung bei Lohn- und rasider Lebenshaltungsverteuerung.

Die erwähnten Statistiken beschränken sich auf die Schilderung der Verhältnisse in der Stahl- und in der Textilindustrie. Es zeigt sich — und man bedenke hierbei, daß das Material von Unternehmern zusammengetragen wurde, allerdings nicht mit der Absicht, es weiteren Kreisen zugänglich zu machen — daß trotz verlangter Arbeitszeit und vermindelter Entlohnung die durchschnittliche Stundenleistung des Einzelarbeiters in beiden Industrien wesentlich gesteigert ist. Wir gehen nicht fehl, wenn wir diese Feststellung auf alle anderen Industriezweige ausdehnen, von denen authentische Zahlen bisher nicht vorliegen.

Man wird einwenden, daß die Leistungssteigerung auf technische Verbesserungen zurückzuführen sind. Das ist ein Irrtum, von dem nornheimer befreit werden muß. Es ist natürlich richtig, daß die Zulage der Modernisierung nicht ohne Einfluß bleibt, aber selbst in den Betrieben, in denen seit 1914 nicht eine Maschine erneuert wurde, ist die effektive Durchschnittsleistung gestiegen. Und zwar in einigen Betrieben der Stahlindustrie bis zu 42 Prozent.

Die Gründe der Produktivitätssteigerung liegen in der Bevorzugung der Arbeitszahlung durch die Unternehmer und in der Verstärkung der Stütze bei gleichzeitiger Herabsetzung des Stücklohnes. Weitere Gründe werden wir unten anführen. Die Arbeitszeitsteigerung tut mehrwüdigere als die Produktivitätssteigerung nicht den geringsten Abbruch, dies ist um verwunderlicher, als selbst bürgerliche Mediziner oft darauf hinweisen, daß nach der sechsten Arbeitsstunde die Leistungsfähigkeit des menschlichen Organismus schnell abfällt. Aber die Tatsache verleiht an Wertwürdigkeit, wenn man bedenkt, daß jeder Prolet an der Maschine, am Heißblech, mit dem Werkzeu in der Hand, für jeden, der im Produktionsprozeß nicht, auf jeden Pfennig wartet, mit dem er seine Familie ernähren kann, daß vor den Türen jeder Fabrik ein Heer von Arbeitslosen wartet, das durch Ausbeutung aus der Erwerbslosensfalle und durch monatliche Hungerkur zur Durchbrechung der Solidarität mürbe gemacht wurde.

Aber selbst die allgemeine Erhöhung des Produktivitätsdurchschnitts und die dadurch verursachte gleichartige Erhöhung des Profits

genügt den Ausagern noch nicht: Sie versuchen, die Lohnkosten weiter herabzusetzen durch verstärkte Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte. Die Familienmutter scheidet man fruchtlos in das Gend der Arbeitslosigkeit von nicht endemwollender Dauer. Woher trotzdem die stark fallenden amtlichen Arbeitslosenziffern kommen, ist hinsichtlich bekannt.

So stehen die Dinge mit dem wachsenden Anteil der Löhne an den Kosten des Produktes. Es ist lächerlich, daran zu denken, daß daher die Feuerung der Bedarfsartikel steigt; denn die Lebensmittel, zu deren Herstellung menschliche Arbeitskräfte in verhältnismäßigem Maße aber überhaupt nicht gebraucht werden, steigen ebenso oder stärker. Die Gründe müssen also an anderer Stelle liegen. — Teilweise auch die benutzende Einküpfung des neuen unerschöpflichen Jolltarifs, die sich schon jetzt auswirken beginnt. Die Aufschlag, die schon jetzt den Preisen zugerechnet werden, fließen ausschließlich in die Taschen der Produzenten, fast ausschließlich aus den Händen der Arbeitermassen.

Die durch die Zollausweichten begünstigten Preissteigerungen münden sich an vier Stellen, das heißt bis zur vierfachen Stärke aus:

In der Produktion der Betriebsmittel; dadurch in der gesamten Betriebsführung; im Handel durch die Verdrängung der zu erwartenden Einfuhrfälle für Fertigfabrikate; im Kleinhandel durch Kalkulation, da der Kaufmann dem gesamten Preis der Ware — einschließlich also der Verteuerungen, die sie auf dem Wege bis zu ihm erfahren hat — seinen Profit zurechnet. Wir sehen, daß man selbst an Ausfällen viel Geld verdienen kann, sehr zum Schaden der verbrauchenden Masse.

Man ist das Gebroedbenen schließlich das Geschäft des Produzenten ebenso wie das des Kaufmanns. Es heißt sich der Satz: "Aber viel hat, will noch mehr haben!" Von den paar Lohnpfennigen des Proletariats will man noch einen Teil fürzen. Das gegen müssen wir Front machen! Jeder Arbeiter muß wissen, mit welchen Karten gespielt wird. Das Gerde von der Verteuerung der Ware durch den Lohn muß eno g r i t i g gestört werden. Kein, nicht der hungernde Arbeiter verhandelt die Preissteigerungen, sondern die Unternehmer und ihre Preispolitik. Sie verteuern sich gegenseitig die Betriebsmittel — allerdings in keinem Verhältnis zum gesteigerten Profit; sie betriegen sich gegenseitig mit ihren Aufschlägen in Ermartung der Zölle. Gleichzeitig verteuern sie aber am empfindlichsten die Lebensbedürfnisse der Klasse, die trotz Majorität immer die Kosten solcher Transaktionen bezahlt.

Proleten! Man fürzt eure Löhne, man verteuert die für Euch und eure Familie notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Nicht genug damit: Man verläßt Euch hinterdrein und läßt die Kosten für eure eigene Ausbeutung auch auf eure Schultern. Wollt ihr mit dem Gefindel aufkriechen, das so handelt und immer so behandelt hat, dann kämpft unter dem Banner der einzigen Partei, die entscheidend und grundständig für die Abhebung der drohenden Zölle eintritt, unter dem Banner der kommunistischen Partei.

# Die ZNS. für die kämpfenden Bauarbeiter in die gesamte wertvolle Bevölkerung Mitteldeutschlands!

Das brutale Betreiben des deutschen Unternehmertums, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse weiter herabzudrücken, führt zu den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen. Zurzeit sind in Deutschland über 200.000 Bauarbeiter ausgepreert, davon im Bezirk Halle-Merseburg 12.000.

Die Bauarbeiter haben einen den Teuerungserhältnissen entsprechenden Lohn für ihre schwere Arbeit verlangt. Ihre Forderungen wurden von den Unternehmern mit der Ausprägung beantwortet.

Die Bauarbeiter — als die bestorganisierte Gruppe der deutschen Arbeiterklasse — soll zuerst niedergeschlagen werden. Zu diesem Zwecke hat das gesamte Unternehmertum eine Einheitsfront geschaffen. Gelingt ihnen dieser Plan, so würde das gleiche Los in kürzester Zeit die Arbeiter aller anderen Industriezweigen treffen. Arbeiter, Arbeiterinnen! Die ihr noch in den Betrieben lieht, erkennt ihr, daß der Sieg der Bauarbeiter euer Sieg, ihre Niederlage auch eure Niederlage bedeutet?

Der Bund der Freunde der ZNS., dessen Aufgabe es ist, die Solidarität der Arbeiter zu weiden, kämpfenden Arbeitergruppen bei der Durchbrechung ihrer Forderungen zu helfen, fordert Euch auf, der Unternehmerrfront die geschlossene Front aller Ausgebeuteten entgegenzusetzen.

Immer haben die kämpfenden Bauarbeiter Arbeitkollegen anderer Industriezweige bei Streiks und Ausprägungen tatkräftig unterstützt. Jetzt haben die Bauarbeiter ein Recht, die weitgehende Unterstützung aller Wertvollen zu erhalten um die freien und brutalen Angriffe der Unternehmer abzuweiden.

Im Auftrag des R. B. der ZNS. fordert der Landesauschuß Halle-Merseburg alle Wertvollen auf, den Bauarbeitern sofort weitgehende Hilfe entgegenzubringen.

Duldet keine Streikbrecher! Helft den Familien der Kämpfenden. Sammelt in den Betrieben, damit die schwersten wirtschaftlichen Sorgen von den Familien der Bauarbeiter abgehalben werden. Helft schnell, damit die Kräfte der Ausgepreerten nicht vorzeitig erlahmen.

Es lebe die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten!  
Es lebe die gewerkschaftliche Einheitsfront!

Landesauschuß des Bundes der Freunde der ZNS., Halle-Merseburg, Höder, Streiter.

NB. Gesammelte Gelder sind an den Genossen Richard Ruffhans, Halle a. d. S., Gr. Klausstr. 7, einzufenden.

# Der Reichstag für den Todespakt

Berlin, 24. Juli.

Der Reichstag genehmigt den Billigungsantrag der Regierungspartei für Kuppenpolitik mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen.

# Wir verkaufen weiter

## billig

Baumwollwaren	
Staubtücher	15 Stüd
Wischtücher	19 Stüd
Handtücher	29 Stüd
Handtücher	35 Stüd
Hemdenbarchent	48 Meter
Schürzenwarp	79 Meter
Schürzendruck	98 Meter
Schürzeningham	115 Meter
Damen-Wäsche	
Hemden	85 Stüd
Hemden	145 Stüd
Hemden	175 Stüd
Hemden	185 Stüd
Nachthemden	290 Stüd
Nachthemden	3 Stüd
Hemdhoson	2 Stüd
Untertailen	49 Stüd

Damen-Blusen	
Backfisch-Jumper	98 Stüd
Damen-Jumper	135 Stüd
Damen-Jumper	195 Stüd
Damen-Jumper	350 Stüd
Damen-Jumper	650 Stüd

Gardinen	
Sofadeckchen	8 Stüd
Scheibengardinen	23 Stüd
Etamine-Stores	160 Stüd
Etamine-Garnituren	375 Stüd
Madras-Garnituren	390 Stüd

Damen-Kleider	
Sommerkleider	198 Stüd
Sommerkleider	275 Stüd
Frottekleider	475 Stüd
Sommerkleider	475 Stüd
Sommerkleider	775 Stüd

Teppiche	
Teppich	1575 Stüd
Teppich	23 Stüd
Teppich	4975 Stüd
Teppich	57 Stüd
Teppich	88 Stüd

Waschstoffe	
Musseline	55 Meter
Perkal	75 Meter
Hemdenzephir	85 Meter
Schleierstoffe	95 Meter
Schweizer Voile	125 Meter
Voll-Voile	135 Meter
Dirndl-Zephir	135 Meter
Schweizer Voll-Voile	185 Meter
Kleiderstoffe	
Blusenflanell	68 Meter
Hauskleiderstoffe	88 Meter
Blusenstreifen	95 Meter
Cheviot	120 Meter
Rock-Karos	145 Meter
Rock-Streifen	185 Meter
Popeline	280 Meter
Eolienne	390 Meter

# J. LEWIN

**Freie Turnerhaft**  
**Kreuzhau-Großhau-Döhwik**  
Sonnta, den 28. Juli, im Goshof  
Moje, Döhwik  
**Bergnügen**  
Anfang nachmittags 5 Uhr  
Es ladet ergeben ein  
Der Bergnügungsführer



**Breiko-Corona**  
Summi-Fahrräder  
Gedr. Rüdiger, Zeit  
Parzellstraße 7, Zeitungen 82  
Eigene Schweißerei und Einmalerei  
Schwämmische Beheizung

**Junges fettes Hindfleisch** mit Knochen . . . 1,09  
**Junges fettes Hindfleisch** ohne Knochen . . . 1,39  
**Junges fett. Hammelfleisch** . . . 1,09  
Paul Kalb, Zeit, Neumarkt 13  
Rodezeitungen empfehlen die  
Wasserhandlung

Wir empfehlen:  
**Pa argentinisches Ohnenfleisch**  
Kochfleisch . . . 0,75 M.  
Bratfleisch . . . 0,80 M.  
ohne Beilage . . . 1,00 M.  
**Karl Wahl & Sohn**  
Zeit, Wasserortstadt 12

**Frisches Ohnenfleisch** . . . 1,00  
ohne Knochen . . . 1,20  
Stroma hauschl. Wark . . . 3 8,00  
Hochfeine Sülze . . . 0,80  
**Fritz Spangenberg**  
Zeit, Tiergartenstr. 10 Zeit  
Werbt für d. Klassenkampf

**Dank**  
Zurückgeleht vom Grabe unterer  
lieben Kinder können wir nicht  
unterlassen, allen denen, die wäh-  
rend ihrer Krankheit, beim Tode  
und Begräbnisse uns hilfreich zu  
sein standen, unser herzlichsten  
Dank auszusprechen  
Kreuzhau, im Juli 1925  
Karl Eigenwillig und Frau





# Beilage des X Parteitages der KPD.

Nummer 11 Redaktion: Berlin SW 48  
Veröffentlichung 22. VII.

Berlin, den 23. Juli 1925

Herausgeber: Zentrale der KPD.

## Die Politik der KPD.

### 6. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Fortsetzung der Diskussion.

#### Bied, Zentrale:

Genossen, der Hauptvorwurf, den die Opposition gegen die von der Partei angenommene, aus der Situation heraus notwendige Politik erhebt, ist gegen die Politik gerichtet, die in Preußen zur Regierungsfraktion angewandt worden ist. Wir hatten nun eher den Vorwurf erwartet, daß wir zu spät mit dieser Politik begonnen haben. Denn die Situation dazu zwang fast langsam, ein beträchtliches Maß an Anpassungen, das wir erst jetzt am Ende angebracht haben. Aber wir haben nicht den Vorwurf erwartet, der jetzt von der Opposition erhoben worden ist, daß wir damit Koalitionspolitik treiben und in der Tat zur Bildung einer bürgerlichen Regierung übergehen könnten. Dieser Vorwurf ist nur möglich, weil die Genossen, die ihn erheben, von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen.

Dieser Vorwurf in der Preußenfrage ist zum Teil aus Unkenntnis, wie es draußen bei vielen Genossen der Fall ist, zum Teil aber auch aus Demagogie die Ansicht unterstellt worden, wir wollten mit dem Volksblock eine Koalition eingehen über die Weimarer Koalitionsregierung unterliegen. Wir werden nicht in die Richtung gehen, die die Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, wir hätten mit den Deutschnationalen ein Bündnis geschlossen, weil wir gegen die Koalitionsregierung meistens gleichgültig abstimmen.

Nun Genossen, weder das Eine noch das Andere ist der Fall. Das falsche Unterstellen möglich sind, und vor allen Dingen — was Bedauerliche ist — Stunden und Stunden bereitet allerdings, daß wir nicht ausreichend genug in den Arbeitermassen dargelegt haben, woher die Preußenfrage, wie die Regierungsfraktion überhaupt, kommen und worauf es bei Lösung dieser Regierungsfrage ankommt, das wir — das ist das Bedauerliche — nicht genügend die Arbeitermassen für diese Frage und ihre Lösung mobilisiert haben, ferner, daß wir vor allen Dingen nicht vermocht haben, den SPD-Schwindel zu entlarven, daß die SPD, dagegen die monarchistische Gefahr, gegen die Reaktion der Junker und Schwerindustriellen kämpft und daß wir nicht durch eine entsprechende Taktik in Preußen es vermocht haben, uns vom Nichtsloslos abzugrenzen, daß ein solcher Schwindel der SPD, von einer Koalitionspolitik mit den Deutschnationalen unmöglich wurde.

Wir haben zwar in unseren Wahlanträgen und Heften gegen die Braun-Severing-Regierung sehr deutlich gesagt, warum wir sie führen wollten. Aber das blieb nur auf dem Papier, bei der Abstimmung stimmten wir mit den Deutschnationalen zusammen, und das trat als äußerster Vorgang bei den Wahlen in Erscheinung und ermöglichte es der SPD, diesen Schwindel von der Verbindung mit den Deutschnationalen zu treiben. Unser Verhalten hatte den Mangel, daß wir mit unserer Formulierung, Aussagen und Heften über nur unsere Meinung über die Regierung Braun-Severing ausdrückten. Wir hätten gleich im Januar die Sozialdemokratie stärker vor die Frage stellen müssen, die wir am Ende in unserer Erklärung vom 29. April an sie stellen, und zwar die Frage, ob sie einen Kampf um konkrete im Bewußtsein der Arbeiter lebendige Arbeiterforderungen führen wollen oder nicht, und diese Frage in Verbindung mit der Regierungsfrage in Preußen bringen müssen.

Das ist der Mangel unserer Taktik in Preußen. Ein innerparteilicher Fehler ist, daß wir die Partei nicht rechtzeitig auf die Notwendigkeit einer solchen Politik vorbereitet haben und so nicht die Arbeitermassen widerrechtlich, das wir dem Schwindel zur Koalitionspolitik mit dem Weimarer Block machen wollten. Zu unserer angeblichen Koalition mit den Deutschnationalen, den angeblichen Verbindungen, mit denen die Vorzogen der SPD, die Masse anschwanden, noch ein Wort. Wir haben selbstverständlich niemals irgendwelche Verbindungen mit den Deutschnationalen getroffen. Wenn das einzelne Deutschnationale Abgeordnete an uns mit dem Ersuchen wandten, wir sollten unsere Genossen zur Abstimmung zur Stelle haben, so ist eine solche Aufforderung ganz überflüssig; denn wenn es sich um Abstimmungen um unsere Annahme handelt, brauchen wir nicht erst die Aufforderung der Deutschnationalen, um unseren Genossen zu sagen, daß wir unter Kampfpolitik gegen die arbeitgeberliche Politik der Braun-Severing-Regierung bei den Abstimmungen eine gleichartige Stimmabgabe mit den Deutschnationalen ergebe, so ist das wiederum keine Verbindung, sondern eine zwar aus dem gleichen Bild, aber aus verschiedenen Motiven herrührende Handlung. Leider haben unsere Genossen in den Betrieben nicht genügend verstanden, diesen Schwindel der SPD, von der Verbindung mit den Deutschnationalen zu entlarven, jedoch die SPD, bei der Präsidentenwahl mit diesem Schwindel einen Erfolg erlangen konnte.

Wer unsere Erklärung zur Regierungsfrage vom 29. April dieses Jahres liest, kann andererseits unmöglich zu der Auffassung kommen, wir wollten eine Regierung des Volksblocks unterstützen oder bilden. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich die ganze Erklärung verlesen. Aber sie ist ja durch die Presse bekannt geworden. In der Erklärung wird inhaltlich eine scharfe Kampfpolitik gegen die Braun-Severing-Regierung bezogen. Es werden bestimmte Forderungen aufgestellt, nicht nur der Kampf gegen die monarchistische Gefahr, sondern vor allem konkrete Arbeiterforderungen, die die Volkswirtschaft, die Sicherung des Arbeitsunterstandes resp. Lebensunterstandes, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung der Reallohn- und Militärlieferung der Schiffe, das allgemeine Verbot der technischen Vorhülle, die Säuberung der Beamtenhöfe von allen monarchistischen Elementen, die Verschlagnahme aller in Preußen vorhandenen bürgerlichen Vermögens und Ausweitung der Angehörigen deutscher Vorkriegsarmee. Und dann folgt die Erklärung:

Die kommunistische Partei ist entschlossen, mit allen Mitteln den proletarischen Klassenkampf gegen monarchistische Gefahr und weitere Verelendung zu fördern. Aus diesem Grunde würde die kommunistische Landtagsfraktion bereit sein, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und unter Aufrechterhaltung aller proletarischen Arbeiterforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben angeführten Minimalforderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen, die Erfolge zu ermöglichen und bei der Durchführung dieser Forderungen zu unterstützen.

Die preussische Landtagsfraktion verlangt von der Regierung und den Parteien der Regierung, die Weimarer Koalition eine klare unabweisende Stellungnahme zu diesen Forderungen.

Schweigt das Staatsministerium oder weicht es einer klaren unabweisenden Stellungnahme aus, dann sieht die kommunistische Landtagsfraktion darin die Bestätigung, daß die bisher betriebene arbeitgeberliche Politik in der Weimarer Koalition in verschärfte Form auch in Preußen fortgesetzt werden soll. Sie wird mit allen Mitteln und mit aller Kraft im Parlament wie außerhalb des Parlaments gegen eine solche Regierung, wie gegen jede Regierung von Klassenfeinden des Proletariats kämpfen und die Auflösung des Landes erwirken.

Es gab jedoch, was die Erklärung keinen Zweifel über die Absicht der Fraktion und der hinter ihr stehenden Zentrale läßt und daß es deshalb unmöglich sein müßte, in die Erklärung den Sinn hineinzulegen, der von der Opposition hineingelegt worden ist.

Wie kam es zu dieser Erklärung? Natürlich darf die Preußenfrage nicht isoliert von der Gesamtsituation betrachtet werden, sie kann sogar sehr eng mit ihr zusammenhängen. Aber in Preußen spielte sich die Frage der Auflösung und Neuwahl des Landtages ab, bei der die SPD, ihre Schwindelparole: Kampf des Volksblocks und der Demokratie gegen den Reichsblock und die monarchistische Gefahr glaubte mit Erfolg auszuweichen zu können.

Sollten wir nun in der SPD, in diesem Schwindel unterstützen? Nein, wir müssen auch in dieser Frage die SPD-Spinnerei, offen den Arbeitern zu zeigen, daß es nicht die SPD, sondern die SPD, ist, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse um solche Forderungen hindert, die die SPD aufstellt. Das haben wir zwar schon oft gesagt, aber die SPD hat eine konkrete Taktik, die sie weiter gegen die Regierung führen und dadurch die Auflösung des Landtages vorbereiten, ohne vorher die SPD zu einer klaren Beantwortung der gestellten Fragen gezwungen zu haben? Es handelt sich dabei nicht etwa um einen reinen Taktikstreit, sondern um die Lösung der Arbeiterfrage von der SPD, und die Gewinnung des Vertrauens breiter Arbeiterkreise für die SPD. Und deshalb war das Angebot nicht eine bedingungslose Zusage der Zentrale der Regierung.

Die aufgestellten Forderungen waren Minimalforderungen, die jeder Arbeiter verstand und die durchführbar waren aus dem Grunde, daß von der SPD, betriebenen Propaganda. Es wurde also die SPD, vor die Frage gestellt, ob sie sich selbst Lügen strafte wollte.

Nun, Genossen, hat es ein Kommunist geglaubt, die SPD, würde auf unser Angebot eingehen und sich mit ihr dadurch einig sein, die Regierung gegen, wie das jetzt sagt, monarchistische und bürgerliche Klassenkräfte voranzutreiben. Es wurde also die SPD, vor die Frage gestellt, ob sie sich selbst Lügen strafte wollte. Hat es ein Kommunist geglaubt, die SPD, würde auf unser Angebot eingehen und sich mit ihr dadurch einig sein, die Regierung gegen, wie das jetzt sagt, monarchistische und bürgerliche Klassenkräfte voranzutreiben. Es wurde also die SPD, vor die Frage gestellt, ob sie sich selbst Lügen strafte wollte.

Die SPD, ist eben eine bürgerliche Partei geworden und dem Kampf der Arbeiter abgeneigt. Aber die Arbeiter wissen das noch nicht alle, das muß ihnen eben noch immer wieder bewiesen werden, und das heißt die Massen von der SPD, lösen und die Einheitsfront des Proletariats vorbereiten. Und darum unser Angebot, das durchaus ernst gemeint war, dem aber nicht die Klaffen zugrunde lag, die SPD, wäre fähig, darauf einzugehen. Wenn auch die SPD-Abgeordnete beim gemeinsamen Beschlüssen gemacht hat, so nur deshalb, weil die SPD, fähig, das sie hier an ihrer unüberwindlichen Stelle getroffen, was sie jetzt, müde, ob hinter ihrem Versteck der Wille zum Kampf über zur Zäusung der Arbeiter stand.

Die Antwort der SPD, oder besser ihr Verhalten hat nun unsere Taktik des Angebotes als nicht anerkannt. Wir haben die SPD, angewandten den Arbeitern zu zeigen, daß ihr eigenes Versteck dem Kampf gegen die monarchistische Gefahr, von Kampf gegen Junker und Schwerindustrie nur eben Zäusung der Arbeiter ist. Der Führer Braun im Ministerium, als die SPD, hat den Arbeitern offen gesagt, daß sie lieber eine Erweiterung der Regierung nach rechts vorzöge, als den Kampf um die Arbeiterforderungen gemeinsam mit der SPD, zu führen.

Genossen, das haben auch die Arbeiter in den Betrieben verstanden, leider einige unserer führenden Genossen nicht. Sie haben zwar keine besseren Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeiter von der SPD, in der Frage der Preußenfrage gemacht, sie beschränken aber unsere Taktik und haben damit indirekt die SPD, in ihrem Versteck, die Arbeiter zu täuschen, unterstützt.

Die Parteitage aber erkennen, daß hier keine Bündnispolitik vorlag, sondern daß hier vorlag, die beste bürgerliche Methode zur Lösung der Arbeitermassen von der SPD, und Heranziehung der Massen für den revolutionären Kampf. Wir machen uns zum Vorwurf, daß wir nicht mit der vorbereiteten Hand zu dem fast vollständigen Erfolg dieses Wanders dadurch zum Teil verhindert worden ist, daß die Fraktion darüber in der eigenen Partei zu einer Zeit einsetzte, wo es darauf ankam, die stärksten Wirkungen damit auszunutzen.

Auf die hypothetisch gestellte Frage, ob wir nicht, auch ohne das Leben ermittelte, wenn es sich um unabweisliche eingezogen, weil wir unsere Politik von der jeweiligen Situation abhängig machen müssen und von dem Grade, in dem es uns gelungen ist, draussen die Arbeitermassen für unsere Forderungen zu mobilisieren. Das sind die beiden entscheidenden Punkte und es läßt sich dafür kein für alle Zeit gültiges Rezept geben.

Genossen, die Opposition, die sich gegen unsere Politik

stellen macht, bildet sich ein, sie hätte durch ihre Opposition die Bildung der Regierung verhindert. Das ist aber ein Trugschluss dieser Genossen. Wenn unser Erfolg eintrat, weil die SPD, offen bekannte: Lieber ein Bündnis mit den Deutschnationalen als mit den Kommunisten gemeinsam kämpfen, deshalb weil die SPD, so handelte, wie wir voraussahen, deshalb weil wir nicht dazu, eine solche Regierung zu dulden. Ich muß sagen, die ganze Opposition ist eine Opposition aus Angst und Beforgnis, daß bei dieser Taktik Eingelungen vorzukommen könnten. Wenn wir aber davon unsere Befürchtungen abhängig machen wollten, ob bei den notwendigen bürgerlichen Verhandlungen unserer Genossen im Reich die nicht abhängigen Eingelungen vorzukommen könnten, dann müßten wir es aufgeben, Politik zu machen und Situationen zu schaffen, in denen das Proletariat die letzten Mittel zum Kampf gegen die Bourgeoisie erregt. Die Genossen der Opposition gehen deshalb von falschen Voraussetzungen aus. Die Aufgaben der Kommunisten in solcher Situation wie der gegenwärtigen verstehen, die wir als nicht-revolutionäre bezeichnen, weil das Proletariat nicht so stark zutage tritt, sei es von der Scheitlerklärung oder von der SPD, in dieser Situation nicht die stärkste Anwendung jener Wandel verlangt werden. (Beifall)

(Wir haben die Ausführungen des Genossen Bied vollständig wiedergegeben nach dem stenographischen Niederschreiben der Redaktion.)

#### Müller, Erzgebirge-Dogland:

Zunächst, Genossen, gegenüber allen Reagierenden und gegenüber dem Genossen Bied, der sich besonders für unsere Partei interessiert, möchte ich voranstellen, daß der Bezirk Erzgebirge-Dogland geschlossen zur Politik der Zentrale und der Komintern steht. Wir unterstützen das besonders auf diesem Komintern, einem Jahr noch dem preussischen Parteitag, das zum Ergebnis hat, daß alle Freunde des Genossen Müller im Bezirk Erzgebirge-Dogland, im wichtigsten Kreis Preußens, und im einzigen Kreis Preußens, erwidert sind und daß die Mitglieder mit uns zusammen, alle Parteimitglieder, auch um die Heberer der alten Partei auszurufen. (Zuruf: Bravo)

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die Unterfraktion. Wir glauben als Delegation, daß man unter den Unterfraktionen zwei Gruppen unterscheiden muß. Es ist die eine Gruppe da, die nicht nur antiochrisch ist, sondern überhaupt antirassistisch. Nach dieser ultra-linken Gruppe gibt es zwei Arten von Reichsblockern: in den sozialdemokratischen Kreisen von Reichsblockern, Reichsblockern und in den sozialistischen Kreisen den Reichsblockern, bürgerlichen Reichsblockern. Die erste Art wird repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, die zweite Art, der Reichsbürgerliche Reichsblockern, wird repräsentiert durch die SPD, und die zweite Art, die Reichsblockern, die mit uns kooperieren — ist, daß gegen sie der Kampf mit allen Mitteln zulässig ist. Aber es ist noch eine andere Gruppe da, das ist die sogenannte linke Gruppe Zolow und Heinenberg. Dazu das folgende: Unsere Delegation hat das Programm dieser Gruppe gelesen und es ist uns in den Ausführungen der Genossen Zolow und Heinenberg zu hören bekommen. Die Ablehnung unserer Delegation dieser politischen Plattform war einmütig. Ein Teil von Genossen ging so weit, daß er die Vorfraktion, die die Zentrale dieser Gruppe gegenüber macht und über die ich weiter nicht sprechen kann, ablehnen wollte und wiederholt sein stimmen werden. Freilich, die Delegation ist auch der Meinung, daß man das getan hat. Es ist unnötig unsere Meinung nach und schließlich, die Genossen Zolow und Heinenberg in einen Topf zu werfen mit den Sozialdemokraten. Wir meinen auch, daß durch Zusammenarbeit mit diesen Genossen es möglich ist, wir müssen nicht, es ist auch hatfinden wird diese Gruppe ideologisch zu überwinden, um so mehr, als sie erklärt hat, keine Fraktion bilden zu wollen. Das alles, Genossen, hindert uns aber nicht, auf die Gefährlichkeit der politischen Plattform, besonders auf die Ausführungen des Genossen Heinenberg, hinzuweisen. Das hat Programm dieser Gruppe ist, es wird angelehnt die Revision des 5. Weltkongresses für den Bestand der Räterepublik bedeuten würde: (Zuruf: Bravo) Das hat er doch nur in Bezug auf eine Sache gesagt! Das kann man nur in Bezug auf eine Sache sagen, wenn die Komintern eine Sache macht, so durchdringt sie die Revolutionen nach allen Seiten.

Man kann den 5. Weltkongress nicht in Deutschland revidieren, ohne ihn nicht auch zu gleicher Zeit in Rußland zu revidieren. Und das bedeutet den schärfsten Angriff auf den Bestand des ersten Arbeiter- und Bauernrates. Es ist natürlich, daß wir das ablehnen, daß wir dagegen kämpfen werden. Natürlich ist es auch, daß die Delegation erwidert ist über solche Dinge und schließlich in manchen Punkten den Vorschlägen der Zentrale nicht zustimmen wird. Ich fahre schon einmütig: unsere Stellung heiße nicht, daß wir die Politik über die Fehler, die gemacht sind, verschweigen würden. Wir verschweigen nicht, daß wir die Thesen des Reichsblockers-Ausschusses abgelehnt haben und glauben noch heute, daß wir es dem einen Punkte, in dem wir sie ablehnten, mit Recht getan haben. Ich will nur Stellen anführen, um unseren Standpunkt zu beweisen. In den Thesen heißt es:

In einer Situation, wo unsere Partei das Ängsten an der Lage zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Umständen sogar geboten, eine solche Parlamentaristik zu befolgen, das wir der „links“-Koalition gegen die Reichsblockern die Erfolge ermöglichen.

Und in einem weiteren Absatz wird diese Taktik als Unterfraktionsangebot bezeichnet. In der Resolution der Unterfraktion, die sich mit diesen Dingen befaßt hat, lautet der folgende Absatz:

„Was eine eventuelle Regierung der republikanischen Parteien antritt, die an Stelle der Regierung unter treten kann, zu erklären wir, ohne daß wir versprechen, sie

















Preiswerte

# Sommerkleidung

bringen wir in dieser Woche mit unseren **billigen Sonnabend-Angeboten**

Einige Beispiele aus unseren reich sortierten Lägern	Zephir für Sporthemden und Blusen . . . . .	0,56	Gingham f. prakt. Hauskleider	1,35	Musseline-Kleider jugendliche Formen . . . . .	3,95
	Baumwoll-Musseline in modernen Mustern . . . . . Meter	0,75	Prima Schweizer Voll-Voile ca. 112 cm breit, farbig 2,40, weiß 2,70 2,40	1,90	Musseline-Kleider in hübschen Dessins, flotte Nachart . . . . .	4,95
	Blaudruck für Kleider . . . . .	0,78	Woll-Musseline extra gute Qualität reiche Farbenauswahl . . . . .	2,95	Voll-Voile-Kleider gemustert, in neueren Dessins . . . . .	7,50
	Schürzenstoff doppeltbreit . . . . .	0,98	Eolienne Wolle m. Seide ca. 100 breit Meter 9,50 7,50	4,95	Weißer Voll-Voile-Kleider mit farbiger Falpel, flotte jugendliche Form	6,90
	Dirndl-Stoffe in vielen modernen Mustern . . . . .	1,40	Weißer Voll-Voile-Blusen mit kurzen und langen Ärmeln, mod. Form reich garniert . . . . .	3,90	Weißer Voll-Voile-Kleider mit Handburchzug, Handstickerei und Handgarnitur . . . . .	19,75

## BRUMMER U. BENJAMIN

ALLE 1/5. + GR. ULRICHSTR. 22-24 + RANNISCHER PLATZ

**Schützenfest Wittenberg**  
Zum ersten Male wieder am Platze  
**Hippodrom-Nobles**  
Bes.: **Wendt & Hartmann**  
Lust und Stimmung wird  
Die Besucher

**Auf der Vogelwiese! Schanzzelt!**  
Inh. **Otto Krämer**  
Empfehle allen meinen wert. Gästen, Freunden und Bekannten meine gutgepflegten Biere und Getränke und vorzüglichste Küche  
Um gültigen Anspruch bittet D. D.  
1158

**Auf der Vogelwiese! Freudenbergs Schanzzelt**  
Inh.: **Otto Schulze**  
Empfehle allen meinen wert. Gästen, Freunden und Bekannten  
**meine gutgepflegten Biere Getränke - vorzügl. Küche**  
Um gültigen Anspruch bittet D. D.

**Nicht wegwerfen!**  
sondern gut aufbewahren sollten Sie dieses Inerat, wenn Sie sich vorgenommen haben, bald ein Rad oder Zubehör zu kaufen. Zu empfehlen:  
Grünner-Räder, Corona, Mars, Phänomen, Möwe, Triumph, Sultan, Ullis-Räder gute bewährte Weltmarken, die sich als beste Übermannsarbeit einem Kauf empfohlen haben. Die Rahmen sind aus natürlichem hochwertigem Stahlrohr. Alle anderen Teile aus erstklassigem Material und hervorragender Qualität.  
Auf Wunsch gewähre ich **Leihgarantie**.  
Zubehörsache und Reparaturen in erstklassigen bewährten Materialien  
Empfehle Herrenräder mit Freilauf, Gummi 85,- an  
mit 1 Jahr Garantie . . . . . 95,- an  
Damenräder, komplett mit Freilauf u. Gummi 33,- an  
1 Jahr Garantie . . . . . 40,- an  
Herrenmaschinen mit Freilauf und Gummi . . . . . 33,- an  
Damenmaschinen mit Freilauf und Gummi . . . . . 40,- an  
Engl. Ventil . . . . . 2,- mit Vorbau . . . . . 3,-  
Fahrraddecken . . . . . 2,- u. 2,75,-, leicht 4,50,-  
Alle anderen Geräte in entsprechender Größe und Ausführung.  
Überzeugen Sie sich bitte selbst und Sie werden danken über die billigen Preise.  
Größte Reparaturwerkstätten und eigene Verordnungen - u. Emailier-Anlagen  
Fahrräder und **Fr. B. Weiß, Wittenberg**  
Verkaufsstellen: Markt 5 und Kleinwittenberg

Einem geehrten Publikum von Wittenberg um, liegend empfehle auf dem Schützenfest mein  
**Restaurationszelt**  
Bewirtschaftung von  
**Otto Müller**  
Gleichzeitig empfehle meine bekannten echten Thüringer  
**Rostbratwürste u. Würstchen**  
in bekannter Güte  
**Karl Anger**

**Auf dem Schützensplatz August Fischers Bier- u. Wurstkavillon**  
1157

**Zur Vogelwiese vom 24. Juli bis 3. August Schützen - Tanz - Ballast**  
Direktion: **Carl Wolfenheiler**  
**Freitag abend**  
Eröffnung bei freiem Eintritt  
Täglich großer Betrieb!  
2 Kapellen :: 2 Kapellen

Zur bevorstehenden Vogelwiese kauft man weit unter Preis und am vortheilhaftesten:  
**Damen-, Herren- und Arbeiter-Bekleidung** im Möbel- und Warenhaus  
**J. Brentinger**  
Wittenberg, Judenstraße 7  
Stets auf Lager:  
Wohn- und Kücheneinrichtungen Einzelne Möbelstücke

**Fahrräder** Gebrüder Schütz, Brande 3110  
Spezialräder besonders gutwertig liefert zu vortheilhaftem Preise  
**Paul Schäfer, Wittenberg**  
Fahrradhandlung, Göttingerstr. 4  
Neue laure Gurten, Matfesheringe, 10 Stück Selbstverge 30-80 Pf.  
H. Emdinger, Silberstr. 14 bei W. Reich, Wittenberg  
Jubiläum 34 1154 Jubiläum 33

**Auf der Vogelwiese Mathskonzert- u. Restaurationszelt**  
Inhaber **Heinrich Häbde**  
Empfehle täglich meine reichhaltigsten und erstklassigen Speisen zu soliden Preisen  
Spezialität: Eisbein in Aspid und Eisbein m. Sauerkraut. Tägl. feinst. Speiseeis  
Dienstags und folgende Tage:  
**Großes Konzert**  
Ausgeführt von der beliebten Hauskapelle d. Herrn Math  
Freitag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Spezialität: Schinken u. Burgunder  
Sonabend:  
**vollständiger Konzert-Abend**  
in altbekannter Weise  
Spezialität: Fritassee von Huhn  
Kunde und Bekannte von Stadt und Umland zu einem guten Appenpappen ein  
**Häbde und Frau**

**Auf d. Vogelwiese Königs Schanzzelt**  
Empfehle allen meinen wert. Gästen, Freunden und Bekannten meine gutgepflegten Biere u. Getränke - vorzügl. Küche.  
Um gültigen Anspruch bittet D. D.

**Vogelwiese Wittenberg! „Deutsches Haus“**  
Inh.: **Alb. Kranig**  
**Getränke und Speisen** in bekannter Güte  
empfehlen  
D. D.

In allen Abteilungen erhalten Sie auf die schon äußerst günstigen Preise auf fast alle Artikel  
**10 Prozent Rabatt**  
Warenhaus  
**Mar Cohn**  
Zeig  
Neumarkt

**Konsumverein Hohennöhlen - Leuzharn**  
Sonnabend, den 16. August 1925, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum Preuß. den Hof“ zu Hohennöhlen:  
**Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vierteljahrsbericht 1152  
2. Schlussbilanz u. über die Vereinerhaltung der Konsumvereinerklärung  
3. Bericht über den Vereinsfortschritt in Stein  
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern  
5. Geschäftliches  
Hohennöhlen, den 15. Juli 1925  
Der Vorsitzende des Konsumvereins Hohennöhlen-Leuzharn  
Reinhold Hartzel,  
Hohe Str.

**Fahrräder und Zubehör Reparaturen**  
werden sauber und billig ausgeführt  
**B. Horn, Merseburg**  
Neumarkt 10 und 1185  
Delgrube 13  
**Auf der Vogelwiese Erhardt Ziegler's u. Bornsteins Schanzzelt**  
Empfehle allen meinen wert. Gästen, Freunden und Bekannten meine gutgepflegten Biere Getränke, vorzügliche Küche  
Um gültigen Anspruch bitten  
D. D.  
**Hausfrauen!** kauft nur bei unseren Amerikanern!

**Zeitungsträger**  
für Tausch & Weisensfeld gesucht  
Zu melden bei **Karl Weidardt**, Weisensfelder Straße 3  
**Allgem. Driskantentasse des Saalkreises in Halle (S.)**  
In der Sitzung des Ausschusses der Halle am 22. Juli 1925 ist die Wahl der Mitglieder des Vorstandes vorgenommen. Die Namen der Gewählten sind in Nr. 20 des Amts- und Verhandlungsblattes für den Saalkreis bekanntgemacht. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats beim unterzeichneten Vorstand oder beim Versicherungsamt des Saalkreises angefochten werden  
Halle, den 23. Juli 1925  
Der Vorstand, D. Reiff, Vorsitzender 2290











In unseren Reihen zu erwecken, sondern sucht Kraft und Kampfeswillen dem ganzen deutschen Proletariat einzuimpfen. Wir wissen, daß die rote Front in Deutschland nur dann und wenn wir über dieses Stadium der roten Front in Deutschland unserer Freunde Wasser geben, dann können wir und müssen wir auch in letzter Minute unserer Parteilosen unserer roten Heiden in Deutschland, unserer roten Heiden auf dem gesamten Erdball denken, ob in China, ob in Sibirien, ob unten in Maroffo, allüberall, wo kämpfende revolutionäre Arbeiter sich erheben gegen das kapitalistische Joch, überall da unsere roten Heide sind, unsere heißen Wünsche und unser Gelächter, daß wir diese unsere roten Heiden nie vergessen werden.

Wenn das Berliner Proletariat, das deutsche Proletariat hier auf dem Zentralfriedhof, an den Gräbern unserer großen Revolutionäre in Deutschland, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ein Denkmal errichten will, dann ist das nicht nur ein Denkmal für diese Heiden, sondern ein Denkmal für alle deutschen Revolutionäre, ein Denkmal für die Revolutionäre der Internationale. Dann bauen wir die Revolutionäre, so wie sie Sowjetrußland hat. Und wenn wir der Toten gedenken, dann gedenken wir der Lebenden politischen Gefangenen. Wir müssen, daß durch solche Anstrengung, wie sie jetzt im Reichstage und vom Reichspräsidenten herabgelassen wird, die revolutionären proletarischen Gefangenen niemals die Freiheit bekommen werden.

Generalamnestie durch die Revolution in Deutschland, eher gibt es keine wirkliche Amnestie, und wenn wir gedenken dieser Heiden, dann gedenken wir des einzigen Saates und seiner lebendigen Söhne, der roten Arme.

Wir erwidern heute in letzter Minute des 10. Parteitages der K.P.D. die revolutionäre Forderung der roten Arme. Wir erklären nicht nur unsere Liebe und heiße Ergebenheit für Sowjetrußland in Worten, wir werden als kommunistische Partei Deutschlands mit unseren Leben einleben für dieses Sowjetrußland, den einzigen Heiden der Revolution, den einzigen Arbeiterstaat der Welt.

Wir schließen unseren Parteitag mit dem Gelächter: Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die kommunistische Welt! Aufwärts! Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die deutsche, es lebe die Weltrevolution! Hoch! Der Parteitag singt sich die Internationale. Auf zur Arbeit! Auf zum Kampf! Der Parteitag ist geschlossen.

## Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

### 1. Der Name der Partei.

§ 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland und heißt: Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale.

### 2. Parteimitgliedschaft.

§ 2. Mitglied der Partei kann sein, wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser also betätigt, sich allen Beschlüssen der Komitens in der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

§ 3. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern geschieht durch die Parteizellen. Die Neuaufnahme unterliegt der Bestätigung der Stadtleitung resp. der Unterbezirksleitung.

§ 4. Bei Eintritt geschlossener Gruppen aus anderen politischen Organisationen oder ganzer Parteiorganisationen in die Kommunistische Partei, werden die durch den Beschluß des Zentralkomitees in die Partei aufgenommen. Wenn Herrschaft führenden Personen anderer Parteien bedarf die Aufnahme außer der Bestätigung der Stadtleitung, resp. Unterbezirksleitung auch der des Zentralkomitees.

§ 5. Beim Wechsel der Arbeitsstelle ist das Mitgliedschaftsmitglied verpflichtet, sich bei der Betriebszellenleitung an- und abzumelden. Beim Wechsel des Wohnortes ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Zellengruppenleitung an- und abzumelden.

Bei Herüberleitung in ein anderes Land muß die Erlaubnis des Zentralkomitees der Partei eingeholt werden, die darauf bezügliche Anfrage geschieht durch die Parteifunktionäre.

### 3. Aufbau der Partei.

§ 6. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist, wie alle Sektionen der Komintern auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Seine grundlegenden Prinzipien sind:

a) Wahi sowohl der unteren wie der oberen Parteiorgane in Volkswahlungen der Parteimitglieder, auf Konferenzen und Parteitagen.

b) Periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Mandatgebern.

c) Verbindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle und genaue Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees und der leitenden Parteiorgane. Diejenige Organisation, die ihre Tätigkeit auf ein gewisses Gebiet ausdehnt, wird als höhere gegenüber benachbarten Parteiorganisationen betrachtet, die ihre Tätigkeit bloß auf einzelne Teile dieses Gebietes beschränken.

Die Diskussionen über Partietragen werden von der Mitgliedschaft nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane geführt. Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern, auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane, muß dieser unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.

§ 7. Unter außergewöhnlichen Umständen ist Einberufung der unteren Parteiorgane durch höhere, sowie der Sektionen der Komintern durch die oberen Parteiorgane zulässig. Diese Maßnahmen sind, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, nachträglich der Organisation zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 8. Die Parteiorganisationen sind in den lokalen Kreisen selbständig im Rahmen der bestehenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Partei.

§ 9. Die höchste Instanz jeder Organisation ist die Mitgliedschaftsversammlung, die Konferenz bzw. der Parteitag.

§ 10. Die Wahlversammlung, die Konferenz bzw. der Parteitag wählt die betreffende Leitung, die in der Zwischenzeit als leitendes Organ gilt und die laufenden Arbeiten der betreffenden Organisation führt.

§ 11. Das Schema des Parteiaufbaus ist folgendes:

- Für einzelne Fabriken, Werkstätten, Büros, Läden, Gassen, Straßenzüge usw.: Zellenversammlung — Zellenleitung.
- Für das Gebiet einer kleineren Stadt, eines Dorfes usw.: Ortszellenkonferenz (Ortszellenkonferenz) oder Ortsvorsitzenden (Ortsvorsitzenden) — Ortsleitung.
- Für das Gebiet eines Stadtteils: Stadtteilkonferenz — Stadtteilleitung.

d) Für das Gebiet eines Unterbezirks: Unterbezirkskonferenz — Unterbezirksleitung.

e) Für das Gebiet eines Bezirkes: Bezirksparteitag — Bezirksleitung.

f) Für das ganze Gebiet des Reiches: Parteitag — Zentralkomitee.

Anmerkung. Die nächst höhere Organisationsstufe nach der Betriebszelle ist die Zellengruppe; je nach dem Umfang des Stadtteils können mehrere Zellengruppen in einem Stadtteil enthalten sein. Die weitere Ausbildung und Sicherung der Organisation muß nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Bezirke geregelt werden.

### 4. Die Zelle.

§ 12. Grundlage der Parteiorganisationen, ihr Fundament, ist die Betriebszelle, in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt, im landwirtschaftlichen Betrieb usw., der alle Arbeiter der betreffenden Betriebszelle angehören müssen. Die Unterbezirksleitung wird durch die Zellenleitung oder Unterbezirksleitung beherrscht, falls sie wenigstens drei Mitglieder umfaßt.

§ 13. In Betrieben, in denen ein bis zwei Parteimitglieder anwesend sind, werden die Mitglieder der nächsten Betriebszelle angefordert oder bilden mit den Mitgliedern der benachbarten Betriebe eine Zelle.

Parteimitglieder, die in keinem Betriebe arbeiten, werden an die im Ort bestehenden Betriebszelle angefordert; wo das nicht möglich ist, bilden sie Straßenzellen. Weicht im Orte, in einem Gut oder landwirtschaftlichen Betrieb keine Betriebszelle, so werden die im Orte wohnenden Kommunisten zu einer Zelle zusammengefaßt.

Alle Mitglieder der Betriebszelle werden zugleich in ihrem Wohnort durch Zellengruppenleitung registriert und zur Beobachtung der Arbeiten im Wohngebiet zusammengefaßt.

§ 14. Die Zelle ist diejenige Organisation, die die Arbeiter, Kleinbauern und übrigen wertvollen Massen mit der Partei verbindet. Die Aufgaben der Zelle sind: Die Durchführung der Parteiarbeit unter den parteilosen Arbeitern, Kleinbauern und der übrigen Massen mit Hilfe einer hiesigen kommunistischen Agitation und Propaganda, Gewinnung der Arbeiter im Betrieb und ihrer Loslösung vom Gegner, das Werben von neuen Parteimitgliedern, Verbreitung von Parteiliteratur, Fortschaffung einer Betriebsleitung, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Parteimitgliedern und Arbeitern des Betriebes, das Anwerben und Einsetzen zur Erzeugung aller Funktionärspersonen im Betrieb, Einsetzen der Zelle in alle wirtschaftlichen Konflikte und Kämpfe der Arbeiter, ihre Bekämpfung vom Standpunkte des revolutionären Klassenkampfes, Erhebung der Durchführbarkeit aller Kämpfe der Zelle durch jede und unvermeidliche Arbeit der Zelle.

§ 15. Zur Führung der laufenden Arbeit wählt die Zelle eine Leitung, die aus drei bis fünf Mitgliedern besteht. Die Zellenleitung wählt die Zellenkommission. Die Leitung leitet die Zellenarbeit, verteilt sie auf einzelne Zellenmitglieder, wie a. B. Propaganda, Zellenservice, Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Betriebsrat, Arbeit unter den Frauen, Verbindung mit der Jugendzelle usw. Verantwortlich für die Arbeit ist die Zellenleitung.

### 5. Die Ortsgruppe.

§ 16. Die Ortsgruppe ist die Zusammenfassung der Zellen eines Ortes, eines Stadtviertels usw.

§ 17. An der Spitze der Ortsgruppe steht die Ortsgruppenleitung, die in der Mitglieder-Vollversammlung der Zellenmitglieder des Ortes oder im Falle der Abwesenheit, in der Ortszellenkonferenz gewählt wird. Die Ortsgruppenleitung muß wenigstens fünf bis sechs Betriebszellenvertreter beinhalten. Für die Arbeit der Ortsgruppe ist die Leitung verantwortlich. Die Ortsgruppenleitung leitet die Arbeit der Fraktionen im Rahmen des Ortes.

§ 18. Die Mitglieder-Vollversammlung der Ortsgruppe findet in der Regel monatlich statt.

### 6. Die Unterbezirksorganisation.

§ 19. Die höchste Parteinstanz im Bereiche eines Unterbezirks ist die Unterbezirksleitung, die von der Unterbezirkskonferenz gewählt wird.

§ 20. Die Unterbezirksleitung führt die Beschlüsse der oberen Instanz durch und leitet die gesamte Parteiarbeit im Bereiche des Unterbezirks. Sie trifft wenigstens zweimal im Jahre Unterbezirkskonferenzen ein.

§ 21. Die Unterbezirkskonferenz wird aus den Ortsgruppen durch Zellen vertreten. Sie nimmt die Berichte der Unterbezirksleitung entgegen, sie beherrscht und wählt die Unterbezirksleitung.

§ 22. In derjenigen Stadt, in der die Unterbezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Unterbezirksleitung befohlen.

Anmerkung. Das ZK kann sowohl für die Unterbezirksleitung, wie für die Bezirksleitung Ausnahmen bewilligen (siehe § 25).

§ 23. Die Unterbezirksleitung leitet die Arbeit der Fraktionen im Rahmen des Unterbezirks.

### 7. Bezirksparteitag.

§ 24. Die höchste Parteinstanz im Bereiche eines Bezirkes ist der Bezirksparteitag. Der ordentliche Bezirksparteitag tritt jedes halbe Jahr zusammen. Außerordentliche Bezirksparteitage können durch die Bezirksleitungen auf Grund der Forderungen eines Drittels der bestehenden Parteiorganisationen im Bezirke oder sie können vom Zentralkomitee einberufen werden. Der Bezirksparteitag nimmt die Berichte der Bezirksleitung und der Bezirks-Revisionskommission entgegen, wählt die Bezirksleitung, die Bezirks-Revisionskommission. Die Wahlen bedürfen der Bestätigung des ZK.

§ 25. Die Bezirksleitung wird auf dem Bezirksparteitag gewählt und ist die höchste Parteinstanz im Bezirke in der Zwischenzeit bis zur Unterbezirkskonferenz. Die Bezirksleitung bestimmt selbst, wie oft die Volkswahlungen der Parteimitglieder stattfinden haben. Diese müssen oder wenigstens einmal monatlich einberufen werden. Die Bezirksleiter werden im Rahmen der Bezirksleitung durch den Bezirksparteitag gewählt. Sie müssen wenigstens drei Jahre Parteimitglied sein. Ausnahmen können nur mit Bewilligung des Zentralkomitees gemacht werden.

§ 26. Der Bezirksparteitag wählt eine Revisionskommission, deren Aufgabe es ist, die gesamte Administration und Finanztätigkeit des Bezirkes und der Parteienternehmungen des Bezirkes zu kontrollieren.

§ 27. Die Bezirksleitung führt die Beschlüsse des ZK durch und ist verpflichtet, zur Erzielung verschiedener Arbeiten (Organisation, Agitation, Propaganda, Gewerkschaft, Arbeit unter den Frauen, Kleinbauern usw.) besondere Organe zu schaffen. An der Spitze dieser Organe werden in der Regel Mitglieder der Bezirksleitung gestellt, die unter der Führung der Bezirksleitung und mit der Zentrale die Arbeit verrichten. Die Bezirksleitung ernennt im Einverständnis mit dem ZK die Reaktionen der Bezirksparteioffiziere. Die Bezirksleitung führt die allgemeine Verwaltung im Rahmen des betreffenden Bezirkes. Die Bezirksleitung ist für ihre Arbeit dem Bezirks-

parteitag und dem ZK verantwortlich, dem sie monatlich schriftliche Berichte über ihre Arbeiten einzureichen verpflichtet ist.

§ 28. In der Stadt, in der die Bezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Bezirksleitung befohlen. Die Bezirksleitung kann in Stadtteilen einseitig werden, an deren Spitze die Stadtteilkonferenzen und Stadtteilleitungen stehen.

### 8. Die Parteikonferenzen.

§ 29. Die Parteikonferenz tritt in der Regel jährlich zweimal zusammen. Die Norm der Parteikonferenz und die Zusammenfassung der Parteikonferenz wird von der Zentrale bestimmt, möglichst auf 2000 Mitglieder soll ein Delegierter entsandt; jeder Bezirk entsendet mindestens einen Delegierten. Die Delegierten der Bezirke werden von Bezirksparteioffizieren oder, wenn das nicht möglich ist, von den Bezirksleitungen gewählt. Die Zentrale kann einzelne Parteimitglieder zu den Verhandlungen der Parteikonferenz mit beratender Stimme heranziehen. Die Einberufung und die Tagesordnung der Parteikonferenz müssen den Bezirken spätestens 14 Tage vorher zur Kenntnis gebracht werden.

§ 30. Die Beschlüsse der Parteikonferenz treten nach ihrer Bestätigung durch das ZK in Kraft. Ergeben sich zwischen ZK und Parteikonferenz Meinungsverschiedenheiten, so muß das ZK die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess zur Debatte stellen.

§ 31. Die Parteikonferenz kann die Delegierten zum Weltkongreß der Komintern in dem Falle wählen, wenn sie unmittelbar von dem Weltkongreß zusammentritt.

### 9. Der Parteitag.

§ 32. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei und wird in der Regel einmal jährlich im Einverständnis mit dem Zentralkomitee der Komintern vom Zentralkomitee einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK entweder auf eigener Initiative oder auf Initiative des ZK, aber nicht einer Anzahl von Organisationen, die auf dem letzten Parteitage ein Drittel der Mitgliedschaft der Partei repräsentiert hat, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangt. Der außerordentliche Parteitag kann aber nur mit Zustimmung des ZK, erfolgen. Die Einberufung des Parteitages sowie die Tagesordnung eines solchen werden mindestens einen Monat vorher der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht. Jeder Delegierte zum Parteitag muß drei Jahre Mitglied der Partei sein.

Die Norm der Vertretung am Parteitag wird entweder vom Zentralkomitee oder von der vor dem Parteitag zusammengetretenen Parteikonferenz bestimmt.

§ 33. Der Parteitag wird aus Delegierten zusammengefaßt, die auf den Bezirksparteioffizieren gewählt werden müssen. Im Falle der Abwesenheit können ausnahmsweise die Stellen der Delegierten unter Zustimmung des ZK durch die Entsendung dieser von der Bezirksleitung ersetzt werden. Der Parteitag kann ebenfalls mit Zustimmung des ZK, durch eine Parteikonferenz ersetzt werden. Jeder Delegierte muß mindestens drei Jahre Mitglied der Partei sein.

### 10. Das Zentralkomitee.

- nimmt die Berichte des ZK und der zentralen Revisionskommission entgegen,
- entscheidet die Programmfragen der Partei,
- faßt Beschlüsse in allen politischen, tatsächlichen und organisatorischen Fragen,
- wählt das ZK, die Revisionskommission usw.

### 11. Die zentrale Revisionskommission.

§ 35. Der Parteitag wählt das ZK, das aus gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die Zahl der Mitglieder wird vom Parteitag bestimmt. Mitglieder des ZK sind politische Angehörige des ZK, müssen mindestens 3 Jahre Parteimitglied sein.

§ 36. Das ZK ist das höchste Organ der Partei während der Zeit, da der Parteitag nicht tagt. Es vertritt die Partei gegenüber anderen Parteioffizierungen, schafft verschiedene Organe der Partei, leitet ihre gesamte politische und organisatorische Arbeit, ernennt die Reaktionen des Zentralkomitees, das unter seiner Führung und Kontrolle arbeitet, ernennt die zentralen Untersuchungen, die für die Gesamtpartei die Kontrolle besorgen, verteilt die Arbeitskräfte und leitet die zentrale Arbeit.

Das ZK leitet die Arbeit der Fraktionen innerhalb solcher Körperschaften, die zentralen Charakter tragen.

§ 37. Das ZK wählt aus seiner Mitte ein politisches Büro für die Leitung der Parteiarbeit, ein Organisationsbüro für die Leitung der Organisationsarbeit und ein Sekretariat (den Sekretär) für sämtliche laufende Arbeit. Weiter bestimmt das ZK die Leiter der verschiedenen Revisions-, an deren Spitze möglichst Mitglieder des ZK, gestellt werden sollen.

§ 38. Das ZK schafft Revisions für bestimmte Zweige seiner Arbeit, die Organisation, Agitation, Propaganda, Arbeit in der Gewerkschaft, unter den Bauern, Frauen usw., deren Aufgabe es ist, die Arbeit unter vollständiger Leitung des ZK in den betreffenden Gebieten zu führen, wobei die allgemeinen Richtlinien des ZK bestimmend sind. Die Revisions haben ihre Beschlüsse durch die Zentrale durchzuführen.

§ 39. Das ZK nimmt die Einteilung des Landes in Bezirke vor und ändert im Falle einer Notwendigkeit ihre Grenzen. Dem ZK steht das Recht zu, die bestehenden Organisationen nach politischen und ökonomischen Verhältnissen, entsprechend der administrativen Einteilung des Landes, geographische oder anders zu vereinigen oder zu teilen.

### 12. Ueber die Parteidisziplin.

§ 41. Die strengste Parteidisziplin ist die höchste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteioffizierungen. Die Beschlüsse der ZK, des Parteitages, der Parteizentrale und aller übergeordneten Parteioffizierungen müssen schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Befehlsgebung auch Fragen, die Differenzen hervorgerufen, vollständig frei, solange kein Beschluß gefaßt worden ist.

§ 42. Ein Verstoß gegen die Parteidisziplin zieht Strafmaßnahmen seitens der entsprechenden Parteioorgane nach sich. Die Strafmaßnahmen können in Bezug auf Organisationen folgende sein: Ausschluss der Leitung und Einteilung einer provisorischen Leitung, die ihre Funktionen bis zur Einberufung einer Konferenz ausübt, Auflösung der Organisation und Umregistrierung der Mitglieder. Die einzelnen Mitglieder gegenüber können folgende Strafmaßnahmen angewandt werden: Parteifuge, öffentliche Rüge, Entsendung von der Funktion, besterlicher Ausschluss und endgültiger Ausschluss.

§ 43. Die Disziplinarverfahren werden von den Parteimitgliedern der Organe der Partei durch die Einteilung in Beratung und Straßenzelle und zum Parteitag zulässig.

§ 44. Die Frage des Ausschlusses eines Parteimitglieds beantragt die Verfassung der entsprechenden Parteioffizierung (Zelle) an die überlebende Parteioffizierung. Der Ausschlussbescheid tritt in Kraft, nachdem er von der Bezirksleitung bestätigt worden ist. Die Berufung ist bis zur höchsten Instanz zulässig. Jeder von der Bezirksleitung zum Ausschluss erfolgt, ist der Betreffende von der Parteiarbeit zu entfernen.

